

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2010/13

2. Sitzung vom Montag, 20. Juni 2011, 18.00 – 21.55 Uhr im Stadtsaal

Vorsitz

Patricia Kettner, Ratspräsidentin

Protokollführer

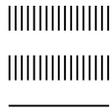
Arthur Senn, Stadtschreiber

Anwesend

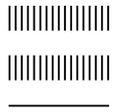
- 34 Mitglieder des Einwohnerrates
- 7 Mitglieder des Stadtrates
- Bereichs- und Abteilungsleitende der Stadtverwaltung

Entschuldigungen

- Stefan Giezendanner, Einwohnerrat
- Claudia Hauri, Einwohnerrätin
- Hansruedi Hauri, Einwohnerrat
- André Kirchhofer, Einwohnerrat
- Nadia Kuhn, Einwohnerrätin
- Yolanda Senn Ammann, Einwohnerrätin



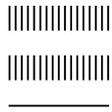
Traktandenliste	Seite
1. Inpflichtnahme	
Inpflichtnahme von Michael Müller (SVP)	192
2. Mitteilungen	192
3. Einbürgerungen	
GK 83 Buschmann geb. Hildebrand Monika Margret, 1945, deutsche Staatsangehörige, Hottigergasse 3A	195
GK 84 Giovinazzo Teresa, 1980, italienische Staatsangehörige, Innere Altachen 13	195
GK 85 Kazimoski Armen, 1982, mit Ehefrau Kazimoska geb. Selmanoska Armena, 1981, und den minderjährigen Kindern Kazimoski Anel, 2003, Kazimoski Mehdi, 2007, und Kazimoski Anes, 2010, mazedonische Staatsangehörige, Pilatusweg 19	195
GK 86 Krasniqi Lorenc, 1980, kosovarischer Staatsangehöriger, Obere Mühlemattstrasse 51	196
4. Ersatzwahlen	
GK 87 Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/13 (Ersatz für Hansruedi Hauri, SVP)	196/206
5. Jahresberichte und Rechnungen	
GK 77 Jahresbericht, Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2010 der Einwohnergemeinde	197
6. Informatik	
GK 78 Informatik der Stadtverwaltung – Rahmenkredit für die Erneuerung der Informatik-Strukturen	206
GK 79 Informatik der Stadtverwaltung – Prüfung eines Outsourcings	213
GK 80 Schulinformatik – Ersatzbeschaffungen und Supportorganisation	215



7. Kreditbewilligungen

GK 81	219
Bahnhof/Florastrasse – Kreditbewilligung für die Erstellung von neuen, offenen Abstellplätzen für Zweiräder	

8. Umfrage 225



Begrüssung

Fr. **Patricia Kettner**, Ratspräsidentin, begrüsst die anwesenden Mitglieder des Einwohnerrates, insbesondere Michael Müller, welcher heute zum ersten Mal dabei ist, des Stadtrates, den Ratssekretär, die Kaderleute der Verwaltung, Schulpflegemitglied Philippe Fehr, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew, den Medienvertreter sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne zur zweiten Sitzung im Jahr 2011.

Da der **Vorsitzenden** ein Antrag auf Abänderung der Traktandenliste vorliegt, wird die Inpflichtnahme von Michael Müller vorgezogen, damit dieser ebenfalls über den Änderungsantrag abstimmen kann.

Art. 56

Inpflichtnahme

Die **Vorsitzende** bittet Einwohnerrat Michael Müller (SVP) für die Inpflichtnahme nach vorne.

Alle Anwesenden, inkl. Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, werden gebeten, sich während der Inpflichtnahme von ihren Plätzen zu erheben.

Der **Ratssekretär** verliest die Gelübdeformel: „Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.“

Einwohnerrat Michael Müller (SVP) leistet das Amtsgelübde durch Nachsprechen der Worte „Ich gelobe es“.

Die **Vorsitzende** dankt ihm für seine Bereitschaft, sich im Einwohnerrat zu engagieren und wünscht ihm viel Freude bei der verantwortungsvollen Arbeit.

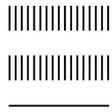
Die **Traktandenliste** wurde rechtzeitig zugestellt. Die **Vorsitzende** stellt diese zur Diskussion. Nachdem – ausser dem vorliegenden Antrag der SP-Fraktion auf Abänderung der Traktandenliste – keine Einwände gegen diese gemacht werden, lässt sie über den folgenden Änderungsantrag der SP abstimmen:

Die Einbürgerungen seien neu – vor der Ersatzwahl in die FGPK – als Traktandum 3 zu behandeln.

Dem Antrag wird mit 30:0 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zugestimmt.

Mitteilungen

Für die heutige Sitzung haben sich Stefan Giezendanner (SVP), Claudia Hauri (FDP), Hansruedi Hauri (SVP), André Kirchhofer (FDP), Nadia Kuhn (SVP) und Yolanda Senn Ammann (FARBT) **entschuldigt**. Der Rat ist mit 34 Mitgliedern verhandlungsfähig.



Die **Vorsitzende** hat gehört, dass die **Absage der Mai-Sitzung** zu einigen Diskussionen in den Fraktionen geführt hat. Sie möchte die ausführliche Erklärung für diesen Entscheid im Begleitschreiben – welches unter anderem den Einwohnerratsmitgliedern zugestellt wurde – nicht wiederholen, allerdings den Rat daran erinnern, dass dieser nur dann zusammenkommt, wenn genug behandlungsreife Geschäfte vorhanden sind. Immerhin kostet eine Einwohnerratssitzung gegen CHF 4'000.–. Das Geschäftsreglement des Einwohnerrates sieht nicht vor, dass aus einer Einwohnerratssitzung eine Informationsveranstaltung gemacht wird, was nicht heisst, dass man dies nicht machen könnte. Nur muss jemand die Initiative ergreifen. Sie akzeptiert jedoch die geäusserte Kritik und wird dies bei einem allfälligen nächsten Entscheid berücksichtigen. Ebenso bedauert sie, dass keine Fraktion das Gespräch mit ihr gesucht hat. Auf jeden Fall freut sie sich heute auf eine interessante Sitzung und wünscht allen viel Durchhaltewillen.

Die **Ratspräsidentin** verliest den Anwesenden das **Rücktrittsschreiben von Markus Schär (FDP)** vom 2. Juni 2011. Sein Rücktritt erfolgt auf Ende Juni 2011. Verabschiedet wird Markus Schär am Ende der heutigen Einwohnerratssitzung.

Das **Protokoll** der Einwohnerratssitzung vom 21. März 2011 haben die Einwohnerratsmitglieder noch nicht erhalten. Dieses ist praktisch fertig gestellt und wird ihnen sicher noch vor den Sommerferien per Post zugestellt. Wie immer können dann innert 10 Tagen schriftlich Abänderungen oder Ergänzungen verlangt werden.

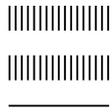
Mit Bedauern mussten Stadtrat und Einwohnerrat vom Tod des engagierten Mitbürgers **Ernst Vogel** Kenntnis nehmen. Der Verstorbene hat sich während vieler Jahre mit viel Engagement für die Zofinger Öffentlichkeit eingesetzt; so war er neben seiner beruflichen Tätigkeit als Berufsschullehrer von 1965 bis 1973 Mitglied der Schulpflege und von 1969 bis 1977 Mitglied des Einwohnerrates. Durch sein Mandat als Einwohnerrat arbeitete er zudem in verschiedenen Kommissionen mit, unter anderem in den Jahren 1975 bis 1977 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Dank der Initiative von Ernst Vogel wurde im neu erstellten Bildungszentrum eine Sternwarte erstellt, welche er – auch noch viele Jahre nach seiner Pensionierung – betreute und der Öffentlichkeit zugänglich machte. Im Namen des Einwohnerrates dankt die **Vorsitzende** dem Verstorbenen für seinen grossen, uneigennütigen Einsatz für die Öffentlichkeit bestens und bittet alle Anwesenden, sich für eine Gedenkminute von ihren Plätzen zu erheben.

Den Einwohnerratsmitgliedern wurden an der heutigen Sitzung folgende **Unterlagen verteilt**:

- Aktualisierte Sitzordnung
- Aktualisierte Telefonliste
- Kinderfest-Programm und Einladung zum Behördenapéro
- Flyer „Plan Lumière Stadt Luzern“ von Einwohnerrat Robert Weishaupt

Die **Vorsitzende** dankt Robert Weishaupt herzlich für die Organisation des Anlasses.

Die Zusammensetzung der einwohnerrätlichen **Spezialkommission Personalreglement** wurde bereits letztes Jahr bestimmt. Es sind dies Eveline Anderegg (SVP), Dominik Gresch (DYM), Viviane Hösli (SP), Markus Schlatter (DYM), Jürg Seiler (SVP), Rahela Syed (SP) und Marcel Thüler (SP). Die beiden FDP-Mitglieder, Daniel Schmid und Markus Schär, werden durch Jan Bachmann und Claudia Hauri ersetzt. Die Konstituierung der Kommission findet im Anschluss an die heutige Sitzung statt.



Die **Vorsitzende** bittet die Mitglieder der Spezialkommission, nach der Sitzung hier zu bleiben, damit Sitzungstermine vereinbart und der Präsident oder die Präsidentin gewählt werden können. Die Fraktion Dynamische Mitte hat einen Anspruch auf das Präsidium angemeldet in der Person von Dominik Gresch. Es ist aber der Kommission vorbehalten, das Präsidium entsprechend zu besetzen.

Neueingänge

Folgende parlamentarische Vorstösse sind am 6. Juni 2011 eingegangen:

- Interpellation von André Kirchhofer (FDP) betr. Zukunft des Spitals Zofingen?
- Interpellation der FDP-Fraktion, Erstunterzeichner André Kirchhofer, betr. Attraktiver Mittelschulstandort Zofingen statt Finanzierungsrisiko!

Die Vorstösse werden an einer der kommenden Sitzungen behandelt.

Art. 57

Einbürgerungen

GK 83

Buschmann geb. Hildebrand Monika Margret, 1945, deutsche Staatsangehörige, Hottigergasse 3A

GK 84

Giovinazzo Teresa, 1980, italienische Staatsangehörige, Innere Altachen 13

GK 85

Kazimoski Armen, 1982, mit Ehefrau Kazimoska geb. Selmanoska Armena, 1981, und den minderjährigen Kindern Kazimoski Anel, 2003, Kazimoski Mehdi, 2007, und Kazimoski Anes, 2010, mazedonische Staatsangehörige, Pilatusweg 19

GK 86

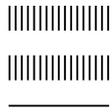
Krasniqi Lorenc, 1980, kosovarischer Staatsangehöriger, Obere Mühlemattstrasse 51

Hr. **Marcel Thüler**, Referent der FGPK, hält fest, dass die Gesuchstellenden am 7. April 2011 zum Gespräch vor der Einbürgerungskommission erschienen sind. Die Kommission stellte fest, dass hinter diesen vier Einbürgerungsgesuchen ehrgeizige Gesuchstellende stecken, welche alle eine Arbeitsstelle innehaben oder wieder innehaben. Er möchte an dieser Stelle kurz auf die einzelnen Gesuche eingehen:

GK 83

Buschmann geb. Hildebrand Monika Margret, 1945, deutsche Staatsangehörige, Hottigergasse 3A

Frau Buschmann ist eine sehr aktive Persönlichkeit. Sie ist gut integriert und sogar bereits politisch aktiv. Seit 1. Oktober 2010 ist sie AHV-Rentnerin, konnte aber aufgrund ihrer guten Kenntnisse eines gewissen Systems, welches sie früher betreut hat, bei einem ehemaligen Kunden einen Teilzeitjob aufnehmen, welchem sie bis heute nachgeht.



GK 84

Giovinazzo Teresa, 1980, italienische Staatsangehörige, Innere Altachen 13

Frau Giovinazzo ist Juristin. Ihr Einbürgerungsgesuch begründet sie unter anderem damit, dass sie – im Gegensatz zu Italien – in der Schweiz nicht politisch mitreden darf, obwohl sie in der Schweiz geboren sowie aufgewachsen ist. Die Gesuchstellende arbeitet beim Versicherungsgericht des Kantons Aargau als Gerichtsschreiberin und könnte sich gut vorstellen, in Zukunft einmal bei der Jugendanwaltschaft zu arbeiten.

GK 85

Kazimoski Armen, 1982, mit Ehefrau Kazimoska geb. Selmanoska Armena, 1981, und den minderjährigen Kindern Kazimoski Anel, 2003, Kazimoski Mehdi, 2007, und Kazimoski Anes, 2010, mazedonische Staatsangehörige, Pilatusweg 19

Herr Kazimoski ist Filialleiter eines Pneuhauses. Gemäss seinen Schilderungen arbeiten die Männer in seiner Familie beinahe traditionell bei der Grenzwache. Er könnte sich durchaus vorstellen, in Zukunft ebenfalls als Grenzwächter tätig zu sein, obwohl ihm seine jetzige Arbeit sehr gefällt. Die Entscheidung, das Einbürgerungsgesuch einzureichen, trafen die Gesuchstellenden letzten Sommer während den Ferien in ihrem Heimatland, als der älteste Sohn fragte, wann sie denn wieder nach Hause zurückkehren würden. Für Armen Kazimoski war dies das Zeichen, dass sein Heimatland zu einem Ferienziel geworden war und nicht mehr seine eigentliche Heimat ist.

GK 86

Krasniqi Lorenc, 1980, kosovarischer Staatsangehöriger, Obere Mühlemattstrasse 51

Die Familie von Herrn Krasniqi wurde bereits eingebürgert. Der Gesuchstellende ist seit letztem Dezember selbständig und sehr engagiert in seinem Geschäft. Die Bau- und Gartenarbeiten sind ziemlich anstrengend und er ist froh, dass er dabei von Kollegen sowie seiner Familie unterstützt wird.

Die FGPK schlägt dem Einwohnerrat vor, alle vier Einbürgerungsgesuche anzunehmen.

Nachdem zu den Einbürgerungsgesuchen das Wort nicht weiter gewünscht wird, lässt die **Vorsitzende** über die stadträtlichen Anträge einzeln abstimmen:

GK 83

Buschmann geb. Hildebrand Monika Margret, 1945, deutsche Staatsangehörige, Hottigergasse 3A

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen zugestimmt.

GK 84

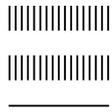
Giovinazzo Teresa, 1980, italienische Staatsangehörige, Innere Altachen 13

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen zugestimmt.

GK 85

Kazimoski Armen, 1982, mit Ehefrau Kazimoska geb. Selmanoska Armena, 1981, und den minderjährigen Kindern Kazimoski Anel, 2003, Kazimoski Mehdi, 2007, und Kazimoski Anes, 2010, mazedonische Staatsangehörige, Pilatusweg 19

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.



GK 86

Krasniqi Lorenc, 1980, kosovarischer Staatsangehöriger, Obere Mühlemattstrasse 51

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zugestimmt.

Die **Vorsitzende** gratuliert den Gesuchstellenden ganz herzlich zu ihrer Aufnahme in das Zofinger Gemeindebürgerrecht und wünscht ihnen alles Gute.

Art. 58

GK 87

Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/13 (Ersatz für Hansruedi Hauri, SVP)

Die **Vorsitzende** hält fest, dass Hansruedi Hauri per 1. Juni 2011 aus beruflichen Gründen aus der FGPK zurückgetreten ist. Die SVP hat an seiner Stelle Michael Müller nominiert. Sie bittet den Sprecher der SVP-Fraktion, den Nominierten vorzustellen.

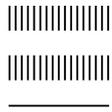
Hr. **Markus Gfeller** möchte es nicht unterlassen, vorneweg Hansruedi Hauri – auch wenn er heute Abend abwesend ist – für seine langjährige Arbeit in der FGPK zu danken. Wie bereits erwähnt, stellt er dieses Amt aus beruflichen Gründen wieder zur Verfügung. Die SVP ist aber froh, dass er sowohl im Einwohnerrat wie auch in der Fraktion weiterhin tatkräftig mitwirken wird.

In der Person von Michael Müller kann ein hervorragender Ersatz präsentiert werden. Er ist 1971 in Zofingen geboren und lebte bisher praktisch ununterbrochen hier. Wie vermutlich alle wissen, ist er der Sohn von Stadträtin Therese Müller. Michael Müller hat seine berufliche Laufbahn mit einer kaufmännischen Verwaltungslehre auf der Stadtverwaltung Zofingen begonnen. In dieser Zeit hatte er einen vertieften Einblick in alle Verwaltungsbereiche und konnte bestimmt einiges mitnehmen, das ihn geprägt hat. Später hat er in einem nebenberuflichen Lehrgang an der Fachhochschule Zürich als Betriebsökonom abgeschlossen. Über mehrere Jahre hat er in verschiedenen Positionen bei der Firma Siemens gearbeitet. Er war unter anderem kaufmännischer Leiter des Immobilienbereichs Schweiz. In dieser Position hatte er neben dem Rechnungswesen und dem Controlling auch das Personalwesen, die Informatik und die Qualitätssicherung in seinem Verantwortungsbereich. Ebenfalls war er im Ausland als Management-Revisor für die Firma Siemens im Einsatz. Heute arbeitet er als Finanzchef bzw. CFO bei einer schweizerischen Investment-Gruppe.

Die SVP-Fraktion ist überzeugt, dass mit Michael Müller eine äusserst qualifizierte Person gestellt werden kann. Sein betriebswirtschaftliches Know-how, seine Erfahrung und auch seine Sozialkompetenz wird er zum Vorteil der Stadt Zofingen einbringen können. Die SVP empfiehlt Michael Müller für die Wahl in die FGPK für den Rest der laufenden Amtsperiode 2010/13.

Es werden keine weiteren Nominationen eingereicht, das Wort wird nicht weiter verlangt.

Die **Vorsitzende** bittet die Einwohnerratsmitglieder, die Wahlzettel auszufüllen und den Stadtweibel, diese anschliessend wieder einzuziehen. Während der Auszählarbeiten wird die Sitzung mit der Behandlung des nächsten Traktandums fortgesetzt. Das Wahlresultat wird nach der Sitzungspause bekanntgegeben.



Für das Wahlbüro stellen sich folgende Personen zur Verfügung: Franz von Büren (SP), Robert Weis-
haupt (DYM) und Catrin Friedli, Stadtschreiber-Stv. Das vorgeschlagene Wahlbüro wird stillschwei-
gend akzeptiert.

Art. 59

GK 77

Jahresbericht, Verwaltungs- und Bestandesrechnung 2010 der Einwohnergemeinde

Gemäss Hrn. **Marcel Murri**, Präsident der FGPK, stellt sich die Frage, ob er sich ganz kurz halten
und gleich zum Abstimmungsergebnis der FGPK kommen soll oder doch die Gelegenheit nutzen soll,
um zwei oder drei Gedanken zur Jahresrechnung 2010, welche eigentlich nicht sehr kritisch aber
zukunftsgerichtet sind, zu erläutern. Er erlaubt sich, die zweite Variante zu wählen und im teilweise
gewohnten Rahmen zu berichten, jedoch mit dem Fokus auf die Zukunft.

Er hat sich folgende zwei Phrasen notiert: Halb voll bzw. halb leer ist das Glas und nach der Saison
ist vor der Saison. Dies ist der Gedanke, welcher ihn stark prägt.

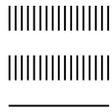
Der Abschluss ist zweifelsohne positiv. Es gibt allgemein sehr viel Positives zu vermelden. Von Sei-
ten Verwaltung und Stadtrat wurde gute Arbeit geleistet. Negatives gibt es wenig zu verkünden und
jene Punkte, welche negativ sind, können absolut problemlos korrigiert werden.

Alle, welche den Jahresbericht und die Jahresrechnung studiert haben, kommen möglicherweise
ebenfalls zum Schluss, dass weniger investiert wurde als geplant, die juristischen Personen sich
bezüglich der Steuereinnahmen auf einem absoluten Tief befinden, die Selbstfinanzierung schwach
ist und für den Bereich Bildung, welcher genauer angeschaut wurde, gewisse Verbesserungsvor-
schläge vorliegen.

Die FGPK ist wie gewohnt vorgegangen. Sie hat Teamarbeit in bewährter Manier geleistet und wurde
durch die externe Revisionsfirma, Gruber Partner AG in Aarau, welche den grösseren Teil professio-
nell geprüft hat, unterstützt. Die Diskussionen mit dem Stadtrat und der Verwaltung wurden sehr
offen und manchmal auch ziemlich kritisch geführt. Die Türen standen aber immer offen und die
Antworten waren stets klar, so dass es relativ einfach war, ein Resümee daraus zu ziehen.

An dieser Stelle wiederholt Marcel Murri gerne den Dank an den Stadtrat und die Verwaltung für
das professionelle Vorgehen. Er weiss aus anderen Gemeinden, dass das Verhältnis zwischen FGPK
und Stadtrat nicht unbedingt immer so offen sein muss. Der Stadtrat war an der gemeinsamen Sit-
zung mit der FGPK, mit Ausnahme einer gut begründeten Absenz, vollzählig anwesend. Bei der Ver-
waltung erhält die FGPK problemlos die nötigen Informationen.

Der gesamte formelle Teil bzw. die ganze Buchführung ist sauber. Man ist es sich gewohnt und es
war eigentlich nicht anders zu erwarten. Trotzdem ist umso mehr erwähnenswert, dass dort keine
negativen Punkte zum Vorschein kamen. Eine kleine Ausnahme bildet die Detailprüfung im Bereich
Bildung, welcher möglicherweise ein bisschen weniger Übung hat im Formellen und Buchhalter-
ischen. Hier ist der eine oder andere Schwachpunkt vorhanden.



Es wurden wiederum sehr viele Kredite abgerechnet, was erfreulich ist. Der FGPK wurden mehr Kreditabrechnungen vorgelegt als nötig gewesen wäre. Dies im Sinne der Transparenz. Die Kredite wurden sauber abgerechnet, mit einer kleinen Ausnahme. Dabei handelt es sich um ein „altes“ Projekt, dessen Ursprung weiter zurück liegt und bei welchem man die bekannten Mängel im Projektmanagement erahnte. Der Beweis dafür ist die aktuelle Abwicklung. Die Tools im Projektmanagement sind eigentlich eingeführt. Der Bereich Tiefbau und Planung hat eindrücklich demonstriert, was alles an Instrumenten vorhanden ist. Diese werden angewendet und der FGPK-Präsident glaubt, hofft und möchte, dass diese weiterhin konsequent benützt werden, ohne dass der ganze Bereich übersteuert wird. Mit dabei ist René Küng, Leiter Finanzen und Controlling, welcher das Controlling-Wesen in diesem Bereich, rein von den Instrumenten her, vorbildlich aufgegleist hat. Marcel Murri wünscht den Beteiligten viel Geduld bei der definitiven Einführung dieser wertvollen Instrumente.

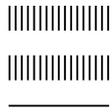
In Bezug auf den Rechnungsabschluss ist das Glas nicht halb voll, sondern ganz voll. Besser kann man kaum abschliessen. Schulden konnten getilgt werden. Dies ist undiskutabel gut. Mit CHF 8 Mio. Finanzierungsüberschuss eine tolle Leistung. Es ist wieder Nettovermögen vorhanden, die Stadt Zofingen hat keine Schulden mehr.

Positiv ist ebenfalls, dass der Nettoaufwand im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist und es bei den Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen eine Punktlandung gab. Man ist fast auf den Franken genau dort gelandet, wie dies budgetiert wurde. Dies ist gewiss eine angenehme Sache in Zofingen und ist gut budgetierbar. Die Einnahmen von Seiten der natürlichen Personen sind sehr stabil, auch bezüglich Konjunkturlage, was ein grosser Vorteil ist und die Planung deutlich einfacher macht. Aber auch hier gibt es Grenzen.

Positiv ist sicher auch – und deshalb ist der Rechnungsabschluss so rausgekommen – dass der Landverkauf professionell gemanagt wurde. So wie dies die FGPK mitbekommen hat, war der Zeitpunkt des Verkaufs der Parzelle 555 in Oftringen sicher der richtige. Es wurde ein guter Buchgewinn erzielt, welcher rund CHF 9 Mio. in die Kasse spülte. Dies ist das grosse Geheimnis dieser ausgeglichenen Rechnung.

Bei diesen Erläuterungen hört man immer wieder das Wörtchen „aber“ heraus und die Stichworte „halb leeres Glas“ sind bereits gefallen. Synonyme für „aber“ sind allerdings, andererseits, dagegen oder tatsächlich.

Die Steuereinnahmen von Seiten der juristischen Personen befinden sich einmal mehr auf einem absoluten Tief. Dabei stellt sich die Frage, wann der tiefste Punkt tatsächlich erreicht ist. Eine Trendwende ist nicht absehbar, was auch durch die Aussagen des Stadtrates bestätigt wird. Bei 9'000 Arbeitsplätzen sind CHF 1,5 Mio. Steuereinnahmen von juristischen Personen sehr wenig. Allerdings ist man wenig oder weniger als andere Gemeinden, welche gegen 60 % Steuereinnahmen von juristischen Personen generieren, abhängig von der wirtschaftlichen Lage. Im Aargau liegt jedoch lediglich eine Gemeinde so hoch. Je nach Konjunkturlage kann dies ein böses Ende nehmen, wenn keine aktive Planung stattfindet. Massgebender sind sicher die Durchschnittswerte und der Durchschnittswert von Zofingen liegt über die letzten 13 Jahre bei CHF 3,4 Mio. Mit CHF 238.– pro Einwohner/-in liegt die Stadt Zofingen unter dem kantonalen Durchschnitt. Diese Kenngrösse muss mitgenommen werden. Bei 9'000 Arbeitsplätzen und bei dieser Lage ist dies bestimmt kein tolles Ergebnis. Man soll nicht in Depressionen verfallen, Hoffnung ist da, aber es handelt sich um ein mittel- bis langfristiges Geschäft. Verbesserungen in diesem Bereich wirken mittelfristig und sind sicher anzustreben. Die kleinere Abhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen hat durchaus etwas Gutes an sich.



Nebst dem wurde weniger investiert als geplant. Der Hintergrund war aber nicht aktives Sparen, sondern dies hatte vielmehr mit organisatorischen Fragen, Wechsel im Stadtrat usw. zu tun. Die aufgelegten Projekte müssen realisiert werden, sonst wird man plötzlich eingeholt. Man darf nicht ausblenden, dass nur 60 % von dem, was budgetiert wurde, investiert wurde. Was mit zu diesem Ergebnis führte.

Unter dem Strich sind die Selbstfinanzierung und die Belastbarkeit von Zofingen schwach. Für eine Stadt wie Zofingen ist dies nicht gut, aber die Realität ist nun mal so wie sie ist. Man muss diese Tatsache jedoch angehen. Wunder passieren relativ selten.

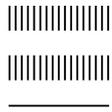
Marcel Murri kommt nun auf die Detailprüfung des Bereichs Bildung zu sprechen: Auch dort wurde ein sehr positives Bild angetroffen. Im Wissen, dass die Schule bei der Evaluation, welcher sie sich selbst unterzogen hat, gut weggekommen ist. Der Bereich Bildung ist ein grosser Betrieb und läuft sehr gut. Mit dem Satz, die Schule und die Schulleitung seien gut aufgestellt, liegt man in Zofingen nicht allzu weit weg.

Ein aus seiner Sicht und aus Sicht der FGPK wichtiger Punkt, welcher nochmals angeschaut wurde, ist die ganze Stellvertretungs-Frage bei der Schulleitung. Diese ist zurzeit nicht gelöst. Von der Schulpflegepräsidentin weiss er, dass man daran arbeitet. Dies ist ein wirklich wesentlicher Punkt, welcher im Sinne der Nachhaltigkeit und guten Geschäftsführung aktiv angegangen werden muss. Die Schulleitung benötigt eine funktionierende Stellvertretungs-Lösung. Ein Ausfall von irgendjemandem kann jederzeit erfolgen.

Weiter geht es darum, dass Reglemente, wie zum Beispiel das Musikschulreglement, konsequent angewendet werden sollen. Insbesondere, was die Grundlagen für die Gewährung von Vergünstigungen betrifft. Man stellte zudem fest, dass das gesamte Abrechnungswesen in der Schule nicht zwingend von Profis geführt wird. Die ersten Massnahmen wurden bereits eingeleitet. Man arbeitet ein wenig enger mit der Finanzverwaltung zusammen und holt sich dort den nötigen Support. Das Pilotprojekt Tagesstrukturen soll, bevor dieses abgeschlossen ist, genau analysiert werden in Bezug auf die Tarife usw., und daraus sollen die richtigen, vernünftigen Schlüsse gezogen werden.

„Nach der Saison ist vor der Saison“ – Tatsache ist, dass Selbstfinanzierung und Belastbarkeit nicht besonders gut sind. Wesentliche Veränderungen sind mittelfristig denkbar, aber sicher nicht nächstes oder übernächstes Jahr. Die ganze Einnahmen- sowie Ausgabenseite muss angeschaut werden. Der Stadtammann hat in einem grösseren Beitrag darüber philosophiert, in welche Richtung dies gehen könnte oder welche Gedanken man sich dazu machen muss. Man soll, darf und muss alles hinterfragen, aber man darf dabei nicht vergessen, dass einnahmenseitig die natürlichen Personen dahinter stehen. Das heisst unter anderem alle heute Abend Anwesenden, und alle wollen etwas von dieser Stadt. Dies beim Planen auszutarieren, ist die Aufgabe des Stadtrates und anschliessend ist es die Aufgabe des Einwohnerrates über die Bücher zu gehen und festzustellen, ob die richtige Richtung eingeschlagen wird. Man soll alles hinterfragen, aber sich auch überlegen, was dies für Konsequenzen zur Folge hat für die Hauptsponsoren der Stadt Zofingen – momentan also für die natürlichen Personen. In Zofingen herrscht eine gute Kultur, wenn es darum geht, vernünftig zu handeln und abzuwägen. Dies dürfte auch das Motto sein, wenn im Herbst über das Budget debattiert wird. Die FGPK hat festgestellt, dass vernünftiges Handeln gefragt ist.

An dieser Stelle bleibt Marcel Murri nur noch den traditionellen Dank auszurichten. Er wiederholt dies gerne nochmals. In der Verwaltung wurde gute Arbeit geleistet. Liegen Verbesserungsvorschläge oder -wünsche vor, werden diese berücksichtigt. Deshalb ein ganz herzliches Dankeschön an die



Verwaltung. Ebenfalls richtet sich der Dank an den Stadtrat für die offene, konstruktive sowie kritische Zusammenarbeit. Dies soll so sein, denn auf diese Weise entstehen neue Lösungen. Vielen Dank auch an den Wohnerrat für die äusserst faire Kultur, welche gepflegt wird und gute Lösungen möglich macht. Last but not least ein Dankeschön an die Kolleginnen und Kollegen der FGPK, welche eine gute Truppe bilden und eine effiziente Rechnungsprüfung ermöglicht haben.

Die FGPK empfiehlt alle Anträge einstimmig zur Annahme.

Die **Vorsitzende** dankt dem FGPK-Präsidenten und den FGPK-Mitgliedern für die geleistete Arbeit sowie den umfassenden und interessanten Erläuterungsbericht.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Thomas Valko** teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Jahresbericht sowie die Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde geprüft hat. Die Rechnung ist einmal mehr sehr detailliert und gut präsentiert und lässt, was die Vergangenheit betrifft, fast keine Fragen mehr offen. Die FDP-Fraktion dankt allen Beteiligten, welche zu diesem guten Resultat beigetragen haben. Thomas Valko kann auch gleich vorneweg nehmen, dass die FDP-Fraktion allen stadträtlichen Anträgen ebenfalls zustimmt.

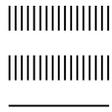
Wenn man aber die Zahlen im Detail analysiert, fällt doch das Eine oder Andere auf. Der Steuerertrag der natürlichen Personen ist so hoch wie budgetiert, jedoch haben die Erträge der juristischen Personen einen absoluten Tiefpunkt erreicht. Dass dies ein Problem ist, ist nicht neu und wurde auch vom FGPK-Präsidenten sowie in allen Berichten festgehalten.

Mit den Projekten, welche man realisieren möchte, ist eine Verschuldung in den kommenden Jahren vorhersehbar. Um dem entgegenzuwirken sind entweder weitere Mittel zu beschaffen und bzw. oder der Sparhebel anzusetzen. Um bei den Aktiensteuern mehr Einnahmen zu generieren, braucht es einige Jahre, damit dadurch die Belastbarkeit ohne Veränderung des Steuerfusses wieder in den gewünschten Bereich kommt. Einige Pläne, um die Einnahmen zu verbessern, sind vorhanden, doch braucht es nun weitere klare Vorstellungen: Wie hoch soll die Verschuldung zu welchem Zeitpunkt sein und wo liegt die obere Grenze?

Der FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass viele Ausgaben durch den Kanton usw. fremdbestimmt sind. Doch einige Angebote, wie zum Beispiel im Kulturbereich, können durchaus überdenkt werden, da man sich die Frage stellen muss, ob gewisse tatsächlich zu den Aufgaben der Stadt gehören. Zudem ist eine Kosten-Nutzen-Analyse bei einigen Aufgaben dringend notwendig. Hier würde sich ein Weglassen dann auch in tieferen Kosten niederschlagen.

Die FDP wünscht sich deshalb für die kommende Budgetierung eine klare Betrachtung über die nächsten 10 Jahre bezüglich Steuerentwicklung, Ertrag und Steuerfuss.

Fr. **Anne-Käthi Kremer** hält fest, dass die SP-Fraktion den Jahresbericht und die Rechnung an einer Fraktionssitzung im Mai geprüft hat und den stadträtlichen Anträgen zustimmt. Dies bedeutet aber nicht, dass sie mit allem, was auf den hunderten von Seiten geschrieben steht, zufrieden ist oder – anders ausgedrückt – ihr einiges nicht zu denken gibt.



Die Rechnung 2010 ist aus Sicht der SP-Fraktion eine unspektakuläre Rechnung. Zwar ist der Rechnungsabschluss um einiges positiver ausgefallen als budgetiert, dies aber vor allem durch einen getätigten Landverkauf in der Höhe von knapp CHF 9 Mio. Dieser Buchgewinn besserte die Stadtkasse markant auf. Es ist jedoch allen bekannt, dass Zofingen nicht über unendliche Landreserven verfügt, was bedeutet, dass es nicht in diesem Stil weitergehen wird. Zofingen kann die Rechnung in Zukunft nicht jedes Jahr durch Landverkäufe aufbessern.

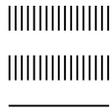
Der Rechnungsabschluss des vergangenen Jahres fällt nach den Rekordergebnissen des Rechnungsabschlusses 2008 und der Ernüchterung 2009 – wie bereits erwähnt – unspektakulär bzw. im erwarteten Rahmen aus. Die Knackpunkte Zofingens liegen nach wie vor auf der Einnahmenseite, und hier insbesondere bei den juristischen Personen. Die Stadt Zofingen muss in Zukunft noch vermehrt Firmen anlocken. Dass das Städtchen beliebt ist und geschätzt wird, zeigt die stetig wachsende Einwohnerzahl. Eben wurde die 11'000ste Einwohnerin begrüsst. An den Steuereinnahmen der natürlichen Personen liegt es denn auch nicht, dass Zofingen finanziell eher schlecht als recht dasteht.

Was man aus Sicht der SP-Fraktion aber nicht vergessen darf, ist die Tatsache, dass das Budget für das vergangene Jahr in einer anderen Stadtratszusammensetzung erstellt wurde, als die sieben Mitglieder, welche die Abrechnung tätigten, über welche heute beraten wird. Durch die immerhin vier Wechsel im Gremium und die damit verbundene Einarbeitungszeit erklärt sich für die SP-Fraktion teilweise auch die Tatsache, dass Zofingen im letzten Jahr deutlich weniger Nettoinvestitionen getätigt hat als geplant. Diese liegen schlussendlich 40 % unter dem Voranschlag – auch dies ist indirekt ein Spareffekt.

Ausser in den Abteilungen „Allgemeine Verwaltung“ und „Verkehr“ lagen die Nettoaufwendungen unter den budgetierten Werten. Dies zeigt einerseits die hohe Budgetdisziplin des Stadtrates und insbesondere der Verwaltung auf sowie andererseits aber auch bereits vage den Weg, wie es in Zofingen wohl weitergehen wird. Das Budget für nächstes Jahr ist in Erarbeitung und die SP ist sich sicher, dass ein rigoroser Sparkurs gefahren wird und wohl auch ohne Steuerfusserhöhung gefahren werden muss. Denn wie gesagt, Zofingen kann die Rechnung nicht jährlich durch Landverkäufe aufbessern. Dieses und auch nächstes Jahr wird garantiert wieder mehr investiert als letztes Jahr und Landverkäufe stehen ihres Wissens nicht mehr in grosser Zahl an.

Welche Schlüsse zieht der Stadtrat aus dieser Rechnung und wie plant er in diesem Zusammenhang die Zukunft? In welche Richtung steuert man? Die SP-Fraktion ist gespannt auf die kommende Budgetberatung. Vorerst bedankt sie sich aber ganz herzlich bei allen Beteiligten für die in grossem Masse geleistete Arbeit zum Wohle der Stadt Zofingen. Danke für die ausführlichen und ehrlichen Antworten in den Berichten. Die Bearbeitung der Jahresrechnung verlief in der SP-Fraktion sehr speditiv, dies auch dank den detaillierten Unterlagen und den feinsäuberlichen Bemerkungen und Erklärungen im Jahresbericht sowie im Erläuterungsbericht der FGPK. Die SP-Fraktion stimmt den stadträtlichen Anträgen zu.

Hr. **Markus Gfeller** erklärt, dass die SVP-Fraktion die Jahresrechnung ebenfalls durchgearbeitet und geprüft hat. Bei den juristischen Personen konnte das Budget – wie bereits gesagt – nicht erreicht werden. Die SVP ist der Auffassung, dass es nicht reicht, das Heil im Wachstum bzw. in der Hoffnung auf Wachstum oder in Wachstumsanstrengungen zu suchen. Vielmehr ist sie der Überzeugung, dass an der Ausgabenseite noch intensiver gearbeitet werden muss.



Die SVP-Fraktion fordert den Stadtrat auf, die beeinflussbaren Kosten besser im Auge zu behalten. Es ist immer wieder die Rede von überwältigten Kosten, welche leider nicht beeinflussbar sind. Es bleibt wahrscheinlich nichts anderes übrig als intern Sparpositionen zu suchen. Markus Gfeller verzichtet an dieser Stelle darauf, Beispiele zu nennen. Wenn man aber den Jahresbericht durchgeht, findet man einige Positionen, welche zum Wachstum der Kosten – auch gegenüber dem Budget – beigetragen haben. Dass der Nettoaufwand tiefer ausgefallen ist, hat mit einigen ausserordentlichen Effekten zu tun, wie zum Beispiel der Polizei, wo man weniger bezahlen musste.

Die SVP-Fraktion wird im Einwohnerrat weiterhin das machen, was in ihrer Macht liegt, nämlich Investitionsvorhaben, welche vorgelegt werden, auf ihre Notwendigkeit hinterfragen. Das Parlament darf nie vergessen, dass es sich nicht um sein eigenes Geld handelt. Dieses besteht wohl aus Volksvertreterinnen und -vertretern, welche etwas erwarten von der Stadt, aber es wird doch über Steuergelder befunden.

Die SVP-Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Markus Gfeller möchte an dieser Stelle noch eine Frage deponieren: Praktisch zuhinterst im Jahresbericht wird das laufende Verfahren gegen die Aargauische Pensionskasse (APK) erwähnt. Ein Entscheid sei bis Mitte 2011 in Aussicht gestellt worden. Wie ist der Stand der Dinge?

Die **Vorsitzende** bittet Markus Gfeller, seine Frage bei der Behandlung des Jahresberichts nochmals vorzubringen.

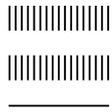
Fr. **Irma Jordi** möchte nicht wiederholen, was bereits mehrmals gesagt wurde. Die Einwohnerratsmitglieder haben ein riesiges Dossier erhalten, welches sie studieren durften. Der Jahresbericht zeigt, wer man ist und was man ist, die Jahresrechnung drückt dies noch in Zahlen aus und der Erläuterungsbericht ist für alle äusserst spannend, kann man dort doch nachschauen, wie das Bewusstsein des Stadtrates grundsätzlich ist, wie gearbeitet wurde und wie man versucht, die Verwaltungskosten im Griff zu behalten.

Der Stadtrat plant nach Ansicht der Fraktion Dynamische Mitte äusserst massvoll und nachhaltig. Es wird auch grosser Wert auf Kultur und Freizeit gelegt. Die Stadt Zofingen lässt sich dies etwas kosten. Nicht zuletzt dank diesem Punkt können die Steuereinnahmen der natürlichen Personen auf diesem Niveau gehalten werden. Die Leute schätzen es, wenn sie eine schöne Freizeit verbringen und kulturelle Anlässe in Zofingen besuchen können. Es gibt auch viele Faktoren, welche nicht beeinflusst werden können und durch den Bund bzw. Kanton abgewälzt werden.

Irma Jordi ist froh, dass die Rechnung eher unspektakulär ausgefallen ist, sonst könnte sich Zofingen mit Reiden vergleichen, wo ein Spektakel stattgefunden hat. Diese Probleme sind in Zofingen glücklicherweise nicht vorhanden. Die Fraktion Dynamische Mitte ist ebenfalls froh, dass vor 3 oder 4 Jahren die Steuersenkungsgelüste versenkt werden konnten.

Die Fraktion Dynamische Mitte stimmt den stadträtlichen Anträgen zu und dankt der Verwaltung für die gute Arbeit.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtmann, möchte den Einwohnerratsmitgliedern anhand einer PowerPoint-Präsentation einige zusätzliche Informationen geben und in diesem Zusammenhang einen Ausblick auf die nächsten paar Jahre halten.



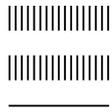
Er betont, dass der Rechnungsabschluss nicht nur wegen des Buchgewinns besser ausgefallen ist, auch das Ergebnis der Laufenden Rechnung ist um CHF 0,5 Mio. besser ausgefallen. Die Kostendisziplin ist hoch.

Der Stadtammann kommt jetzt auf die Kennzahlen zu sprechen: Dabei geht es ihm vor allem auch darum, dass die neuen Mitglieder des Einwohnerrates wissen, wie sich die Finanzen der Stadt Zofingen bewegen. Der Nettoaufwand ist vom Jahr 2005 auf das Jahr 2006 gesunken. Dies ist sicher auch der Verwaltung und dem Stadtrat zu verdanken, aber ganz entscheidend ist, dass zu diesem Zeitpunkt der Neue Finanzausgleich (NFA) eingeführt wurde. Der Bund hat Aufgaben verlagert Richtung Kantone und Gemeinden und teilweise auch Aufgaben übernommen. Tatsache ist, dass die Gemeinden immer die letzten sind in der Reihe und die Auswirkungen bei ihnen entsprechend als letztes angekommen sind. Zuerst wurden die Gemeinden entlastet und nach und nach wurden Aufgaben wieder aufgebaut. Dies sieht man bei Zofingen beispielsweise am Anstieg des Nettoaufwandes zwischen 2008 und 2009.

Für den sehr guten Abschluss im Jahr 2008 musste im Jahr 2010 ein hoher Betrag in den Finanzausgleichstopf bezahlt werden. Von 2006 bis 2009 wurden hohe Investitionen getätigt. Im 2010 wurde weniger investiert als geplant, aber auch hier gilt es zu relativieren. Es konnten einige hunderttausend Franken Investitionseinnahmen getätigt werden. Dies hat damit zu tun, dass gewisse Einnahmen erst später fliessen, wenn die Abrechnungen eingereicht werden. Dies war beispielsweise bei der Trinerplatten der Fall, wo Geld vom Sport-Toto-Fonds zurückfloss. Im Moment sieht auch die Nettoschuld pro Einwohner wunderbar aus, aber dieses Bild wird sich in den nächsten Jahren wandeln.

Im Vergleich mit anderen Zentrumsgemeinden und ausgewählten Nachbargemeinden ist die Stadt Zofingen von der Steuerkraft her kompatibel. Sie steht an vierter Stelle im Kanton Aargau, geschlagen von Aarau, Baden und Lenzburg. Der Nettoaufwand pro Einwohner der Abteilung 0 „Allgemeine Verwaltung“ – bestehend aus Legislative, Exekutive, Bauverwaltung, Informatik usw. – ist im Vergleich zum Jahr 2004, also vor Einführung des NFA, tiefer. In der Abteilung 1 „Öffentliche Sicherheit“ – bestehend aus Polizei, Feuerwehr, Betriebsamt usw. – ist man hoch effizient. Im Vergleich zu einzelnen Nachbargemeinden ist Zofingen in diesem Bereich sogar äusserst kosteneffizient. Die Abteilung 2 „Bildung“ ist einer der grössten Kostenblöcke. Entsprechend stark schlägt dieser zu Buche. Zofingen bietet zwar Blockzeiten und Tagesstrukturen an, aber der Nettoaufwand ist nicht höher als in einzelnen Nachbargemeinden. Auch hier ist offensichtlich, wie sich der Grösseffekt positiv auf die Kosten auswirkt. Im Bereich der Abteilung 3 „Kultur, Freizeit“ leistet sich Zofingen viel. Der Nettoaufwand beträgt ein x-faches mehr als in einzelnen Nachbargemeinden. Die Stadt Zofingen bietet eine Infrastruktur für eine ganze Region. Auch in der Abteilung 4 „Gesundheit“ bewegt sich Zofingen im Rahmen. Bei der Abteilung 5 „Soziale Wohlfahrt“ gilt es, nicht zu vergessen, dass diese die gesamte Altersbetreuung beinhaltet. Hier sind beispielsweise Aarau, Baden, Wettingen und Strengelbach pro Einwohner teurer als Zofingen. In der Abteilung 6 „Verkehr“ sind auch der Öffentliche Verkehr und die Parkgebühreneinnahmen enthalten. Deshalb steht in diesem Bereich die Stadt Baden so gut da, da sie Parkgebühren von rund CHF 2,9 Mio. einnimmt. Die Abteilung 7 „Umwelt, Raumordnung“ schlägt nicht so sehr zu Buche. Der Nettoaufwand pro Einwohner beträgt rund CHF 80.-.

Es ist richtig und wichtig, dass sich die Stadt Zofingen gut auf die nächsten Jahre vorbereitet und entscheidet, wo sie ihre Mittel einsetzen will.



Zum Schluss möchte sich der Stadtammann bei der FGPK bedanken. Die Rechnungsprüfung war wiederum äusserst konstruktiv. Der Stadtrat weiss, dass er mit den Inputs, welche er von der FGPK erhält, besser wird. Er kann diese gut annehmen und zum grössten Teil auch umsetzen.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung.

Beratung Jahresbericht

Abt. 5 Soziale Wohlfahrt

Hr. **Thomas Valko** hat eine Frage zu 5.2.1.9 Projekt Jugend Mit Wirkung auf Seite 60. Die FDP-Fraktion stellt sich die Frage, wie der Stadtrat das Kosten-Nutzen-Verhältnis beim Projekt Jugend Mit Wirkung mit einem 21-köpfigen Organisationsteam beurteilt. Könnten mit einem kleineren und effizienteren Team nicht Kosten gespart werden?

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, kann den Einwohnerrat beruhigen. Dabei handelt es sich um Freiwilligenarbeit. Diese Gruppe setzt sich aus Leuten aus der Verwaltung, Politikerinnen und Politikern sowie Zofinger Jugendlichen zusammen. Für die Stadt Zofingen entstehen keine Kosten.

Die **Vorsitzende** fragt nach, ob auch der Einsatz der Verwaltungsleute keine Kosten generiert.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, antwortet, dass diese ihre Freizeit zur Verfügung stellen. Der Jugendmitwirkungsanlass findet an einem Samstag oder an einem Abend, also ausserhalb der Arbeitszeit, statt. Sie ist sehr glücklich über den Einsatz dieser Personen. Sollte der Anlass etwas kosten, müsste man sich ohnehin Gedanken zur Finanzierung machen.

In diesem Fall spricht die **Vorsitzende** ein grosses Dankeschön für die geleistete Freiwilligenarbeit aus.

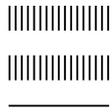
Hr. **Markus Schlatter** hat eine Frage zu 5.3.7.3 Finanzielles auf Seite 67. Die Jahresrechnung 2010 des Seniorenzentrums schliesst mit einem Mehrertrag von CHF 112'000.- ab. Im Vorjahr schloss die Jahresrechnung mit einem Mehraufwand von CHF 78'000.- ab. Hat man sich auch schon Gedanken zur Fluktuation beim Personal des Seniorenzentrums gemacht? Markus Schlatter weiss, dass innert eines halben Jahres 5 Personen einer 7-köpfigen Gruppe unter mysteriösen Umständen gekündigt haben. Wurden zu Lasten des Personals Kosten gespart?

Fr. **Therese Müller**, Stadträtin, weiss nicht woher Markus Schlatter diese Informationen hat. Sie geht davon aus, dass es kaum 5 Personen einer Gruppe sind, welche gekündigt haben. Es gibt überall Sachen, mit welchen man vielleicht nicht unbedingt zufrieden ist und deshalb eine andere Stelle sucht. Bei 178 Angestellten kommt dies vor. Ganz klar ist, dass nicht auf der Kappe des Personals gespart wurde.

Beratung Verwaltungs- und Bestandesrechnung

Anhang zur Bestandesrechnung per 31.12.2010

Im Anhang zur Bestandesrechnung per 31.12.2010 auf Seite 236 ist das laufende Verfahren gegen



die Aargauische Pensionskasse (APK) beschrieben. Hr. **Markus Gfeller** möchte wissen, wie es aussieht mit der Beschwerde, welche beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht wurde.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, wüsste auch gerne, wie dies aussieht. Einmal mehr erhielt man den Bericht, dass in diesem Sommer entschieden werde. Man hat diesen Posten weiterhin als Eventualverpflichtung beibehalten. Der Stadtrat wünscht sich sehr, dass in dieser Sache bald ein Entscheid gefällt wird, damit man weiss, in welche Richtung es weitergehen soll. Er ist nach wie vor fest überzeugt, dass die Stadt Zofingen Recht erhalten wird. Es ist jedoch ziemlich schwierig abzuschätzen in welchem Mass. Man hat durch den Rechtsanwalt, welcher die Stadt Zofingen vertritt, nochmals eine Analyse machen lassen. Dieser ist ebenfalls guten Mutes. Mehr kann der Stadttammann im Moment leider nicht dazu sagen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Der Jahresbericht 2010 (1. Teil) sei zu genehmigen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen zugestimmt.

2. Die Verwaltungs- und Bestandesrechnung der Einwohnergemeinde pro 2010 (2. Teil) sei unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen zugestimmt.

Die **Vorsitzende** schlägt vor, bei den folgenden Anträgen nicht einzeln, sondern in globo über die verschiedenen Kreditrechnungen abzustimmen.

Nachdem sich niemand gegen dieses Vorgehen ausspricht, lässt die **Vorsitzende** über den stadträtlichen Antrag abstimmen:

3. Die Abrechnungen über die nachfolgenden Verpflichtungskredite seien unter dem Vorbehalt von Irrtum und Missrechnung zu genehmigen:

- 3.1. Sanierung Mühlethalstrasse K315

- 3.2. Verbreiterung der Fahrbahn der Strengelbacherstrasse K233 für beidseitige Radstreifen

- 3.3. Erneuerung Kanalisation Mühlethalstrasse K315

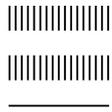
- 3.4. Sanierung Regenauslass RA 13

- 3.5. Ersatzbeschaffung Personentransportfahrzeug der Feuerwehr

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 33:0 Stimmen zugestimmt.

Die **Vorsitzende** dankt dem Einwohnerrat für das Vertrauen, welches er mit diesem Abstimmungsresultat dem Stadtrat und der Verwaltung entgegenbringt.

Sitzungspause



Die **Vorsitzende** gibt das Wahlergebnis bekannt:

Ersatzwahl eines Mitgliedes der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission

Zahl der Mitglieder des Einwohnerrates		40
Zahl der Anwesenden		34
Eingelangte Wahlzettel		34
Abzüglich leere Wahlzettel	7	
Abzüglich ungültige Wahlzettel	0	7
In Betracht fallende Wahlzettel		27
Absolutes Mehr		14

Stimmen hat erhalten:

Michael Müller, SVP	gewählt	27
---------------------	---------	----

Die **Vorsitzende** fragt Michael Müller an, ob er die Wahl annimmt.

Hr. **Michael Müller** erklärt mündlich Annahme der Wahl.

Die **Vorsitzende** gratuliert Michael Müller zu seiner Wahl und wünscht ihm viel Spass bei der spannenden Arbeit in der FGPK.

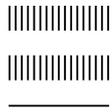
Art. 60

GK 78

Informatik der Stadtverwaltung – Rahmenkredit für die Erneuerung der Informatik-Strukturen

Hr. **Martin Willisegger**, Präsident der Spezialkommission Informatik-Vorlagen, hält fest, dass sich die meisten Einwohnerratsmitglieder bestimmt noch gut an die Informatik-Vorlage GK 55 vom letzten Herbst erinnern können. Eine Vorlage, welche in ihrer ersten Ausführung auf wenig Akzeptanz stiess und deshalb vom Stadtrat zur Überarbeitung zurückgezogen wurde. Am 25. Oktober 2010 wurde sie erneut dem Einwohnerrat unterbreitet und hauptsächlich aufgrund der Dringlichkeit angenommen. Im Wesentlichen hat sich die zweite Vorlage marginal von der ersten unterschieden und deshalb ist bei vielen Einwohnerratsmitgliedern ein ungutes Gefühl zurückgeblieben. Nicht zuletzt aus diesen Gründen haben an derselben Sitzung gleich zwei Fraktionen je eine Motion mit ähnlicher Stossrichtung eingereicht. Der Stadtrat wurde beauftragt, die Informatik einer externen Analyse zu unterstellen und die Möglichkeit eines Outsourcings zu prüfen. Die Vorgänge rund um die Einwohnerratsvorlage GK 55 und nicht zuletzt auch die beiden eingereichten Motionen haben in der Stadtverwaltung und im Stadtrat zu einer nachhaltigen Sensibilisierung geführt. Es wurde klar, dass von Seiten der Politik nur wenig Vertrauen in die städtische Informatik besteht und die bereits geplanten weiteren Ausbauschritte anders angegangen werden müssen.

Entsprechend den Forderungen der eingereichten Motionen wurde mit der OBT AG eine externe Firma beigezogen, welche im Bereich der Planung und des Betriebs von Gemeinde-Informatik-Strukturen eine ausgewiesene und langjährige Erfahrung aufweist. Diese hat in der Folge die aktuelle Infrastruktur durchleuchtet und die bereits in Planung befindlichen weiteren Sanierungs- und



Ausbauschnitte überprüft. Der entstandene Bericht ist eine sehr gute und nachvollziehbare Auflistung von Empfehlungen und Analysen, welche eine ausgezeichnete Grundlage bot, um die aktuelle Vorlage zu prüfen und auch in mehreren Punkten bereits massgeblich in diese einfluss. So konnten schon im Vorfeld Einsparungen im Umfang von CHF 335'000.– realisiert werden.

In der Spezialkommission Informatik-Vorlagen hat man sich in drei Sitzungen intensiv mit der Vorlage GK 78 auseinandergesetzt. Fragen zu den einzelnen Punkten konnten in einer erweiterten Runde mit den Vertretern der Stadtinformatik wie auch mit zwei Vertretern der OBT AG direkt geklärt werden. Über alles gesehen ist vor allem positiv hervorzuheben, dass nicht zuletzt durch die Mitarbeit der externen Berater jetzt ein echtes Konzept in der Vorlage zu erkennen und die langfristige Planung schlüssig ist. Dies schafft und verdient auch Vertrauen.

Im Einzelnen möchte Martin Willisegger folgende Eckwerte kurz erwähnen: Das Konzept sieht eine durchgehende Virtualisierung auf allen Ebenen vor. Insbesondere sollen auch die traditionellen PCs mittelfristig gegen so genannte Thin-Clients, welche nicht nur günstiger in der Anschaffung und im Unterhalt sind, sondern auch eine längere Lebensdauer aufweisen, ausgetauscht werden.

Durch das Teiloutsourcing des Daten-Backups kann auf günstige Weise nicht nur ein sehr sicheres Backup, sondern auch eine komfortable Langzeitarchivierung sichergestellt werden.

Die Vorlage geht bis in 5 Jahren von einer grösseren Steigerung der Anzahl Server aus. Dies liegt hauptsächlich daran, dass es bei der Virtualisierung üblich ist, verschiedene Anwendungen, welche bis zum aktuellen Zeitpunkt einen physischen Server teilten, auf mehrere virtuelle Systeme aufzuteilen. So müssen im Wartungs- oder Störfall nur effektiv betroffene Anwendungen gestoppt werden. Zusätzlich rechnet die Stadtinformatik in naher Zukunft mit einem starken Anstieg der Datenbanken und durch die Einführung dieser Thin-Clients wird ebenfalls zusätzliche Server-Kapazität nötig.

In der Supportorganisation ist die Stadtinformatik mit zurzeit 260 Stellenprozenten bezogen auf die Anzahl betreuter Informatik-Arbeitsplätze eher knapp dotiert. Weil aktuell und in Zukunft laufend neue Aufgaben und Projekte dazukommen werden sowie der interne Support bezüglich Reaktionszeit und Pikett verbessert werden soll, drängt sich eine Aufstockung um 80 bis 100 Stellenprozent auf.

Ein hängiger Kritikpunkt ist, dass es sich bei den ausgewiesenen Preisen der Firma MTF Olten AG um Katalogpreise handelt, welche klar zu hoch bemessen sind. Hier hat man aber von der Stadtinformatik wie auch vom Stadtrat die klare Absichtserklärung erhalten, dass beim Auslösen der scharfen Offerte diese Preise nochmals durch die OBT AG geprüft werden, um sicherzustellen, dass die Hardware zu marktüblichen Preisen beschafft werden kann. Die genannten Kosten sind also als Kostendach zu verstehen und man darf davon ausgehen, dass in der Schlussabrechnung jeweils geringere Beträge stehen werden.

Ein weiterer besonderer Punkt betrifft den Server-Raum. In der Vorlage wird auf Seite 15 die Variante 3, ein eigener Server-Raum im Stadthaus, bevorzugt. Anders als bei den anderen Punkten wird hier über 10 Jahre und nicht über 5 Jahre gerechnet. Die Firma OBT AG empfiehlt, diese Frage nochmals genau zu überprüfen, da die einmaligen Kosten sehr hoch sind. Die Spezialkommission gelangte zum Ergebnis, dass eher die Variante 4 bevorzugt werden müsste. Sowohl aus ökonomischen als auch ökologischen Überlegungen ist es grundsätzlich sinnvoller, bereits vorhandene Infrastruktur mitzubenutzen als neue aufzubauen. Berechnet auf 5 Jahre ist die Variante 4 günstiger und

ob es in 5 Jahren bei weiteren Ausbausritten bzw. der Sanierung der jetzigen neuen Server-Anlage nicht erneut zu hohen einmaligen Kosten kommt, ist sehr unsicher. So sind bei der Variante 4 die geschätzten laufenden Kosten höher, aber da sich die StWZ Energie AG im Besitze der Stadt Zofingen befindet, bezahlt man sich diese Kosten zu einem grossen Teil selber.

Um der Stadt Zofingen einen gewissen Handlungsspielraum zu lassen, hat sich die Spezialkommission entschieden, die Variante 4 nicht zwingend über einen Änderungsantrag festzulegen, sondern den Auftrag dem Stadtrat zu übergeben. Er soll dafür sorgen, dass die Varianten 3 und 4 nochmals intensiv geprüft werden mit dem klaren Hintergrund, dass die Variante 4 sowohl vom externen Berater wie auch von der Spezialkommission bevorzugt wird. Über das Resultat dieser Überprüfung sollen dann die FGPK und der Präsident der ehemaligen Spezialkommission Informatik-Vorlagen informiert werden.

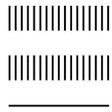
Abschliessend und unter Berücksichtigung aller gemachten Zusagen für die spätere Realisierung sowie der Entgegennahme des Auftrags für die vertiefte Überprüfung der Varianten bezüglich neuem Server-Raum empfiehlt die Spezialkommission Informatik-Vorlagen dem Einwohnerrat, der Vorlage „GK 78 Informatik der Stadtverwaltung – Rahmenkredit für die Erneuerung der Informatik-Strukturen“ zuzustimmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Fr. **Rahela Syed** teilt mit, dass die SP-Fraktion die Einwohnerratsvorlage als sehr gut, ausführlich und verständlich befunden hat. Die Notwendigkeit des Ausbaus und des teilweisen Ersatzes der Server wurde deutlich aufgezeigt. Es ist wichtig, dass die Stadt Zofingen ihre Informatik-Strategie vorantreibt und in diesem Zusammenhang eine stadträtliche Informatik-Kommission einsetzt. Die beim Server-Raum von der Spezialkommission gewünschte Überprüfung der Varianten 3 und 4, bevor andere Entscheidungen gefällt werden, wird unterstützt. Bezüglich der Abwärme der Server stellte sich die SP-Fraktion die Frage, ob diese eventuell genutzt oder umgenutzt werden könnte, wenn man bedenkt, dass in der Schweiz 40 % der Energie zum Kühlen und 60 % zum Wärme erzeugen verwendet wird. In den nächsten Jahren sollte auch weiterverfolgt werden, ob ein Zusammenschluss der Server der Stadtverwaltung mit den Servern der Schule Sinn macht. Die SP ist gespannt, wie die IT in 5 Jahren aussehen wird und welche Neuerungen bis dann auf einen zukommen werden. Die SP-Fraktion unterstützt das geplante Vorhaben der Stadt Zofingen.

Hr. **Markus Schlatter** erklärt, dass die Fraktion Dynamische Mitte die Vorlage ebenfalls diskutiert hat und dabei die Frage aufgekommen ist, ob die Stadt Zofingen eine neue IT-Infrastruktur benötigt oder diese angepasst werden muss. Sie ist der Ansicht, dass eine Erneuerung notwendig ist.

Trotzdem kamen Diskussionen auf, welche sich um die Zusammenarbeit zwischen der IT der Schule und der Stadtverwaltung drehten. Auch über das Thema Outsourcing wurde diskutiert. Positiv ist, dass, gestützt auf die Analyse der OBT AG, die Verantwortlichen der Stadtverwaltung die Richtofferte nochmals hinterfragen werden. Diese dürfte noch ein gewisses Sparpotenzial aufweisen. Auch die Investitionen in die Green-IT sind zu unterstützen. Dass das Anliegen der Schule, mit einer getrennten Lösung weiterzufahren, wirklich zwingend ist, konnte nicht von allen nachvollzogen werden. Die Schule besitzt jedoch eine gute Infrastruktur und was nicht jetzt passiert, kann später mühelos zustande gebracht werden. Ebenfalls wurde über den Standort der Server-Anlage diskutiert. Es ist nachvollziehbar, dass die IT-Verantwortlichen die Anlagen in ihrem Haus haben möchten. Die Auslagerung in die Räumlichkeiten der StWZ Energie AG hätte aber auch ihre Vorteile.



Die ganze Vorlage kann – mit einigen versprochenen Anpassungen – so umgesetzt werden. Die Mehrheit der Fraktion Dynamische Mitte stimmt dem Vorhaben zu.

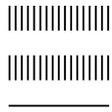
Gemäss Hrn. **Jakob Lang** hat die FDP-Fraktion die Vorlage ebenfalls studiert und festgestellt, dass diese letztendlich eine Reaktion auf die komplexe, dynamische Umwelt ist, in welcher sich auch die Stadt Zofingen befindet. Die Ansprüche, was die Informationsverarbeitung anbelangt, sind auf allen Ebenen gestiegen. Es geht auch darum, dass die Stadt Zofingen die Zukunftsfähigkeit erhält. Man hat dies bei der letzten Vorlage gesehen, welche dem Einwohnerrat vorgelegt und zur Überarbeitung zurückgezogen wurde und schlussendlich unter dem Eindruck der Dringlichkeit und nicht im Sinne, dass der Einwohnerrat der Strategie, über welche jetzt beraten wird, zustimmt, angenommen wurde.

Zentral ist sicher, dass die Stadt Zofingen eine gute, zukunftsfähige Technologie-Plattform, welche ausbaubar und skalierbar ist, gewählt hat. Dies ist sehr positiv zu werten. Das Produkt, welches offeriert wird, ist gut und „State of the Art“. Es handelt sich aber auch um ein Luxusprodukt. Die Studie der OBT AG hält dies ganz klar fest: „Nach wie vor erachten wir jedoch die Höhe der Investition an der oberen Grenze. Bei den einzelnen Phasen müssen wir die marktgerechten Preise für Hardware, Software und Dienstleistungen überprüfen.“ Jakob Lang versteht, dass man bei der Hardware eine Offerte aufgrund einer Liste einholt. Wählt er aber einen Software-Partner, möchte er schon von Anfang an wissen, zu welchen Konditionen dieser offeriert. Es gibt hier keine Preislisten, welche von einem Hardware-Hersteller oder -Importeur vorgesehen sind. Der offerierte Preis sollte eigentlich auch schon in der Offertphase scharf sein. In diesem Punkt war er mit der Vorlage nicht ganz zufrieden. Es ist schade, wenn man versprechen muss, man mache es nachher besser.

Die Analyse der OBT AG behandelt nur die Phase 1. Wo befindet sich die Phase 2? Die Befragung der Benutzenden, sowohl der Stadtverwaltung wie auch der Schule, über die Zufriedenheit wurde seines Wissens durchgeführt. Es ist ihm nicht bekannt, ob diese Analyse bereits zur Verfügung steht oder nicht. Ganz klar ist aber die Aussage der OBT AG, dass sie keine Aussage zu den Stellenprozenten machen kann, ohne dass die Phase 2 vorliegt. Es liegt also eine Einwohnerratsvorlage vor, welche in der Phase 1 an der oberen Grenze liegt und es liegen keine genügenden Aussagen von Seiten der Experten zur Phase 2 vor. Dies stimmt Jakob Lang grundsätzlich nicht so optimistisch. Dies ist eindeutig eine Kritik an der Vorlage sowie am Vorgehen.

Bezüglich der Investitionen liegt gewiss eine Maximalvariante vor. Diese Maximalvariante wurde von der OBT AG ganz klar so positioniert, dass diese nur Sinn macht, wenn man in Zukunft eine Inhouse Lösung wählt. Die OBT AG empfiehlt die Variante einer gesamtheitlichen Inhouse Lösung unter der Voraussetzung, dass eine zusätzliche Auslastung der heutigen Infrastruktur angestrebt wird. Was bedeutet dies nun, wenn der Einwohnerrat dieser Vorlage zustimmt? Stimmt er dann auch der zusätzlichen Auslastung, welche jetzt noch nicht klar ist, zu? Was heisst dies für die Zukunft? Dies sind Fragen, welche Jakob Lang nicht beantworten kann, welche aber gestellt werden sollten. Für ihn bedeutet dies aber kein Präjudiz, wenn der Einwohnerrat heute Abend zustimmt, dass diese zusätzliche Auslastung auf jeden Fall geholt werden soll.

Die FDP-Fraktion ist für diese Vorlage, weil sie von der technologischen Ausrichtung her prädestiniert ist für ein späteres Outsourcing. Das heisst, man baut ein komplett virtualisiertes Rechenzentrum auf und dieses kann später irgendwo angesiedelt werden. Man muss die Flexibilität wahren und diese ist vorhanden. Die FDP-Fraktion verlangt eine klare Reduktion der Kosten, eine Mitbewerberofferte sowie eine Orientierung an der Realität, also keine Luxuslösung.



Hr. **Jürg Seiler** hält fest, dass auch die SVP-Fraktion diese Vorlage geprüft und dabei gute sowie weniger gute Dinge festgestellt hat. Positiv an der Sache ist, dass die Analyse der OBТ AG aufgezeigt hat, was eingespart werden kann. Dies macht doch einen beträchtlichen Betrag aus. Im Weiteren empfindet sie das Konzept als gut. Es wurde wirklich gründlich geprüft und deshalb kann auch sie dahinter stehen. Trotzdem gibt es gewisse Punkte, welche zu beachten sind.

Aus der Analyse der OBТ AG geht Folgendes hervor: „Basis und Konzept der aktuellen IT-Infrastruktur der Stadt Zofingen werden als sehr gut erachtet und sind tendenziell im Vergleich zu vergleichbaren IT-Infrastrukturen grosszügig dimensioniert.“ Hier wird schon erstmals aufgezeigt, was vorhin von Jakob Lang zu hören war. Was sagt dies aus? Das Beste ist gut genug für die Stadt Zofingen, man kauft grosszügig ein und vergisst dabei das Portemonnaie des Steuerzahlers. Weiter stellt die SVP-Fraktion fest, dass die MTF Olten AG der Hauslieferant der Stadt Zofingen ist. Auch hier stellt die OBТ AG fest: „Die im Konzept eingesetzten Budgetwerte für die geplanten Investitionen sind tendenziell eher an der oberen Grenze und können optimiert werden. Es wird das Einholen von Mitbewerberofferten für die einzelnen Phasen empfohlen, damit die Stadt von marktgerechten Preisen für Hardware und Dienstleistungen profitieren kann.“ Die SVP-Fraktion bittet den Stadtrat ebenfalls, dies zu tun. Zudem hofft sie, dass er die Anregungen der Spezialkommission aufnimmt und beim Server-Raum die Variante 4, Outsourcing Standort der Server-Anlage in Räumlichkeiten der StWZ Energie AG, beschlossen wird. Auch hier sieht man, dass ein Mehraufwand als Einsparung verwendet werden kann.

Festgestellt hat die SVP-Fraktion zudem, dass die Aufstockung des Personals im Prinzip bereits gewährleistet ist. Es ist schade, dass bald jede Vorlage, welche der Einwohnerrat vorgelegt bekommt, danach zur Folge hat, dass eine Personalaufstockung vorgenommen werden muss.

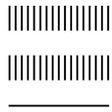
Bei der Beschaffung der neuen MS-Office-Lizenzen stellt die SVP-Fraktion fest, dass der Betrag von CHF 150'000.– die externe Schulung der Mitarbeitenden beinhaltet. Schön wäre gewesen, wenn man diese beiden Positionen auseinandergenommen hätte. Daraus wäre ersichtlich gewesen, was eine solche Schulung kostet. In der Privatwirtschaft besucht meistens eine auserwählte Gruppe eine solche Schulung und vermittelt dann das angeeignete Wissen den weiteren Angestellten weiter.

Trotz der Bedenken bezüglich der Mehrkosten stimmt auch die SVP-Fraktion dem stadträtlichen Antrag zu.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, geht davon aus, dass gleich anschliessend die Vorlage im Detail beraten wird. Es wurden einige Fragen aufgeworfen, welche er in diesem Rahmen beantworten wird. Jetzt beschränkt er sich auf einige grundsätzliche Überlegungen.

Von den Fraktionssprecherinnen und -sprecher wurde bereits diverse Male erwähnt, dass eine Unsicherheit bestand im Zusammenhang mit der Vorlage GK 55, in welcher es um die Ersatzbeschaffung der Server-Anlage ging. Diese Unsicherheit hat sich auf den ganzen IT-Bereich der Stadt und der Schule bezogen und hat vor allem auch die Leitung sowie das Team der Stadtinformatik betroffen. Der Stadtrat war nicht erfreut über diese Situation. Mit einer Unsicherheit kann man nicht arbeiten.

Deshalb liess man von den Konzepten, welche in den beiden Informatik-Vorlagen aufgeführt sind, eine intensive externe Analyse machen. Primär wurde die OBТ AG beauftragt und es wurde noch ein zweiter Experte, welcher die Schule begleitet hat, beauftragt. Der Stadtrat ist sehr froh, dass die Experten zum selben Urteil gelangt sind. Die Konzepte sind hieb- und stichfest, stimmig und der



Weg, welcher sowohl von der Schule wie auch der Stadtverwaltung begangen wird, entspricht den gängigen Standards.

Weiter wurde analysiert wie die Hauptnutzerinnen und -nutzer mit den Leistungen, welche sowohl durch den Support der Stadtinformatik als auch der Schulinformatik angeboten werden, zufrieden sind. Auch hier waren die Ergebnisse durchwegs positiv, für beide Support-Teams gingen äusserst positive Rückmeldungen ein. Die Phase 2 wurde in die dritte Sitzung der Spezialkommission Informatik-Vorlagen integriert. Die Vertreter der OBТ AG wurden an die Sitzung eingeladen und die Kommissionsmitglieder konnten sich mit ihren spezifischen Fragen direkt an sie wenden.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

VI Zentrale Elemente der künftigen Strategie

Hr. **Jakob Lang** hat eine Frage zu den Kapazitäts-Berechnungen im letzten Abschnitt auf Seite 17. Dort steht Folgendes: „In die vorliegenden Kapazitäts-Berechnungen explizit nicht miteinbezogen sind die Auswirkungen allfälliger Zusammenschlüsse mit Nachbargemeinden (z.B. Uerkheim, Brittnau) auf die Informatik-Strukturen der Stadtverwaltung in den kommenden 5 Jahren. Es kann jedoch grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass ein mögliches Datenvolumen aus diesen beiden Gemeinden mit der bestehenden Server-Anlage im Rahmen der vorhandenen Kapazitätsreserven und einer entsprechenden Erweiterung aufgefangen werden kann.“ Was bedeutet dies konkret?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, erklärt, dass man bei der Ersatzbeschaffung der Server-Anlage mit dem Vorwurf, was denn eigentlich eingekauft wurde, konfrontiert wurde, da man ein halbes Jahr später von der Kapazität her bereits wieder am Anschlag war. Das Problem ist nicht, dass eine Menge mehr an Daten vorhanden ist oder es einige User mehr sind, sondern das Problem ist, dass alle Abteilungen mit ganz unterschiedlichen Applikationen von verschiedenen Anbietern arbeiten, mit welchen kaum eine Privatfirma konfrontiert ist.

Es besteht ein gigantisches Schnittstellenproblem, diverse Applikationen beißen sich. Wenn dem Stadtammann eine Firma genannt werden kann, welche diese Bandbreite an Applikationen aufweist, könnte vielleicht ein Vergleich angestellt werden. Genau diese Bandbreite an Applikationen stellt die Problematik für eine Stadtverwaltung dar. Es ist nicht nur ein Mengenproblem zu bewältigen. Meistens handelt es sich eben nicht um ein Mengenproblem, sondern um ein System- oder Applikationenproblem. Es ist wie eine Schraube und eine Mutter, welche nicht zusammenpassen. Diese müssen nun zum Passen gebracht werden.

Das jetzige System ist so offen konzipiert, dass die bestmöglichen Voraussetzungen bestehen, um neue Applikationen darauf zum Laufen zu bringen. Man kann jedoch nicht garantieren, dass jene Sachen, welche noch auf einen zukommen werden, ohne Zusatzkosten zum Laufen gebracht werden können und man kann auch noch nicht wissen, welche Applikationen in 2 Jahren gefragt sind. Da das Volk das letzte Wort hat, weiss man noch nicht, ob die Zusammenschlüsse mit Uerkheim und Brittnau klappen werden und falls ein Zusammenschluss mit Brittnau zustande kommt, weiss man auch noch nicht, welche Applikationen übernommen werden müssen.

Genau auf solche Ereignisse will man vorbereitet sein und genau deshalb hat man die personelle Dotation noch offen gelassen. Die OBT AG sagt ganz klar, eine moderate Personalaufstockung sei sinnvoll, wenn man danach die zusätzlichen Möglichkeiten, welche das System bietet, nutzt. Der Stadtammann kann versprechen, dass das Personal nur so viel wie nötig aufgestockt wird.

VIII Rahmenkredit

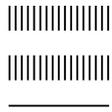
Hr. **Jakob Lang** hat eine Frage zu den Kosten der Phase 1, welche auf Seite 23 aufgeführt sind. Was die FDP-Fraktion nicht wusste und auch, trotz Einsitz zweier Mitglieder in der Spezialkommission Informatik-Vorlagen, nicht beantworten konnte, ist, was die externen Dienstleistungen im Betrag von CHF 100'000.– genau beinhalten. Diese Kosten entstehen nebst der Gesamtprojektierung und dem technischen Konzept.

Hr. **Thomas Gloor**, Leiter Informatik und Kommunikation, erklärt, dass die angesprochenen externen Dienstleistungen im Betrag von CHF 100'000.– Dienstleistungen für Planungen, beispielsweise des Backup-Systems, der Netzwerkkomponenten und zum Teil auch von Konfigurationen, sind. Es handelt sich um Richtpreise. Man hofft, dass ein beträchtlicher Teil dieser Dienstleistungskosten nicht beansprucht werden müssen, weil diese Sachen durch einen selber erledigt werden können. Das Backup-System muss zum Beispiel noch konzeptionell vorbereitet werden und man muss schauen, wie dieses genau installiert werden soll. Die MTF Olten AG hat die Preise so offeriert. Die Gesamtprojektierung beinhaltet Vorarbeiten, welche zum Teil bereits geleistet wurden, sowie die konzeptionellen Arbeiten für das gesamte Vorhaben.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, hält fest, dass Jakob Lang und Jürg Seiler beide den Preis sowie das Einholen einer Mitbewerberofferte angesprochen haben. Man hat ganz klar im Sinn, all diese Sachen nochmals durch die OBT AG überprüfen zu lassen. Diese wird dann entscheiden, ob man überhaupt eine Mitbewerberofferte einholen kann. Geht es um Hardware, kann eine Mitbewerberofferte eingeholt und die Preise verglichen werden. Geht es um eine Konzeption, ist diese auf die Stadt Zofingen zugeschnitten und es kann bloss ein Plausibilitätstest durchgeführt werden, wie dies die OBT AG mit gewissen Komponenten getan hat. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die gründliche Überprüfung einige Ersparnisse einbringen wird. Mit der OBT AG wurde vereinbart, dass, wenn Möglichkeiten bestehen, für die Hardware Zusatzofferten einzuholen, dies gemacht werden soll.

Der Stadtammann erlaubt sich, ein Wort an Jürg Seiler zu richten: Er hat in der Privatwirtschaft auch schon IT-Komponenten beschafft, musste danach aber nicht vor 40 Personen fragen, welche Konzeption denn in Frage komme. Man muss fair bleiben. Es herrscht ein demokratisches System, zu welchem man steht. Der Einwohnerrat hat das letzte Wort, aber dieser kann im nächsten Atemzug nicht wieder alles auf den Kopf stellen. Der Einwohnerrat wäre nicht zufrieden, wenn Abgebotsrunden durchgeführt würden. Man darf dies gar nicht tun, da dies nicht im Sinne des Systems ist. Man wird aber so vorsichtig wie möglich mit diesen Geldern umgehen, dies ist ein ganz klarer Auftrag an den Stadtrat. Dieser wird auch den mehrfach geforderten Punkt aufnehmen und den Standort des Server-Raums nochmals auf Herz und Nieren prüfen. Die Prüfergebnisse werden dann entsprechend der FGPK präsentiert.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die **Vorsitzende** lässt über den stadträtlichen Antrag abstimmen:



Für die Erneuerung und den Ausbau der Informatik-Strukturen der Stadtverwaltung Zofingen (Phasen 1 bis 3) gemäss Strategie und Konzept für die Jahre 2011 – 2015 sei ein Rahmenkredit von CHF 1'550'000.– zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 32:1 Stimmen zugestimmt.

Art. 61

GK 79

Informatik der Stadtverwaltung – Prüfung eines Outsourcings

Hr. **Marcel Murri**, Vizepräsident der Spezialkommission Informatik-Vorlagen, teilt mit, dass mit dem vorherigen Beschluss über die Grundsatzfrage, ob man jetzt und heute outsourcen möchte, entschieden wurde. Trotzdem bleibt bei der Vorlage GK 79 die Restfrage, ob die beiden Postulate, welche das Prüfen eines Outsourcings fordern, abgeschrieben werden sollen.

Auch dieser Punkt wurde an den drei Sitzungen der Spezialkommission Informatik-Vorlagen jeweils ausgiebig diskutiert. Die Einwohnerratsmitglieder konnten nachlesen, dass sowohl der Stadtrat wie auch die Schulpflege im Augenblick eindeutig der Meinung sind, ein Outsourcing mache zurzeit keinen Sinn. Zum selben Schluss kamen auch die beiden beauftragten Experten – nämlich, dass sowohl bei der Schule wie auch bei der Stadtinformatik ein Outsourcing zum heutigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist bzw. die vorgeschlagenen Lösungen Sinn machen. Auch hier wieder mit der Klausel der optimalen Auslastung des Systems. Dieser Punkt wird man zu gegebener Zeit bestimmt überprüfen.

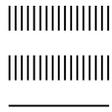
Aus diesem Grunde kam man zum Schluss, dies so stehen zu lassen und die Frage drehte sich um die Abschreibung der beiden Postulate. Die Spezialkommission war nicht gespalten, aber das Abstimmungsergebnis war äusserst knapp. In der letzten Besprechung kam man gemeinsam zum Schluss, dass es wahrscheinlich Sinn macht, die Postulate nicht abzuschreiben. Es gibt Signale von Seiten des Stadtrates, dass er dies so aufnehmen würde, in der Idee, zum gegebenen Zeitpunkt – und dies dürfte dann der Fall sein, wenn die nächste grosse Investitionsrunde ansteht – diesen Punkt nochmals zu prüfen. Man hat darauf verzichtet die CHF 20'000.– zu investieren und die Kostenseite im Detail zu analysieren, da dies unter dem Strich vermutlich eine zu teure Übung gewesen wäre.

So empfiehlt die Spezialkommission Informatik-Vorlagen mit dem Abstimmungsverhältnis 3:2, bei 2 Enthaltungen, die zwei Postulate nicht abzuschreiben.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Fr. **Viviane Hösli** erklärt, dass die SP-Fraktion vom Bericht des Stadtrates Kenntnis nimmt und dem stadträtlichen Antrag, die beiden parlamentarischen Vorstösse abzuschreiben, folgt. Die Informatik ist ein derart schnelllebiges Themengebiet, dass es aus ihrer Sicht nicht sinnvoll ist, die beiden Postulate aufrechtzuerhalten. Im Jahr 2015, wenn es in die nächste Phase des neuen Konzepts geht, wird die Fragestellung vermutlich eine andere sein.

Gemäss Hrn. **Jakob Lang** ist die Waage bei der SP auf die eine und bei der FDP auf die andere Seite gekippt. Man kann wahrscheinlich mit Fug und Recht beide Meinungen vertreten. Für die FDP-Fraktion war das Ausschlaggebende eigentlich, dass sie nicht absolut zustimmen möchte, sondern



mit dem gewählten Konzept, welches als sehr gut und sinnvoll empfunden wird sowie skalierbar und anpassbar ist, die Möglichkeit eines Outsourcings nicht erst dann, wenn sich die nächste grosse Investition aufdrängt, sondern rechtzeitig, wenn erste Erfahrungen mit dem Betrieb der Anlage gesammelt wurden, geprüft werden soll. Insofern wollte die FDP-Fraktion ein Zeichen setzen indem sie der Ansicht ist, dass die beiden Postulate nicht abgeschrieben werden sollen. Was nicht als Misstrauensvotum zu verstehen ist.

Hr. **Markus Gfeller** teilt mit, dass die SVP-Fraktion übereinkam, die beiden parlamentarischen Vorstösse aufrechtzuerhalten. Sie ist klar der Meinung, dass Outsourcing ein Thema bleiben wird. Aus dem Votum des Stadtrates war zu hören, dass sehr viele Sachen sich ändern oder neu dazukommen werden. Offenbar weiss man auch noch nicht alles. Daher denkt die SVP-Fraktion, dass sich diese Frage ganz bestimmt wieder stellen wird. Sie wird deshalb gegen die Abschreibung der beiden Postulate stimmen.

Hr. **Robert Weishaupt** hält fest, dass er am 13. September 2010 die eine Motion, welche als Postulat überwiesen wurde, einreichte. Grund dafür war, dass diesbezüglich immerzu ein kleineres Hickhack herrschte. In der Motion bat er um eine Gegenüberstellung der Kosten über 5 Jahre. Bis heute liegt dieses Ergebnis nicht vor. Man ist höchstens im Besitze einer Schätzung, auf welche sich der Stadtrat jetzt beruft. Die Zukunft ändert sich aber nicht heute mit der Beschaffung, sondern wird den Einwohnerrat in ungefähr 5 Jahren wieder beschäftigen. Deshalb bittet Robert Weishaupt den Einwohnerrat, die beiden Postulate GK 58 und 59 nicht abzuschreiben. Dies wird auch die Fraktion Dynamische Mitte so machen.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, erklärt, der Stadtrat halte in seiner Antwort ganz klar fest, dass er bei jeder Gelegenheit, also auch wenn eine neue Applikation oder neue Systeme zum Einsatz kommen, und nicht nur, wenn die Generation der Geräte, welche jetzt beschafft werden soll, ersetzt werden muss, sich zur Aufgabe macht, ein ganzes oder teilweises Outsourcing der IT zu prüfen. Der Stadtrat ist sehr froh, dass nicht darauf beharrt wird, zum jetzigen Zeitpunkt die Prüfung eines Full-Outsourcings vorzunehmen und er ist bereit, die beiden Postulate stehenzulassen. Er ist überzeugt, dass weiterhin bei jeder Gelegenheit ein Outsourcing ins Auge gefasst und geprüft wird.

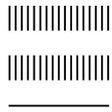
Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, fragt die **Vorsitzende** den Einwohnerrat an, ob dieser eine abschnittsweise Beratung der Vorlage wünscht.

Nachdem dies nicht der Fall ist, wird auf die Detailberatung über die Vorlage verzichtet und die **Vorsitzende** lässt gleich über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Thema „Outsourcing“ sei Kenntnis zu nehmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 31:0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.

2. Der Stadtrat beantragt die Abschreibung der nachfolgenden, am 29. November 2010 überwiesenen, parlamentarischen Vorstösse:
 - GK 58 Postulat der SVP-Fraktion vom 13. September 2010 „Abklärung Outsourcing der Informatik der Stadtverwaltung“



- GK 59 Postulat Robert Weishaupt (DYM/CVP) und Mitunterzeichner vom 13. September 2010 „Für eine zeitgemässe IT-Infrastruktur in Zofingen“

Der stadträtliche Antrag wird mit 22:10 Stimmen (bei 1 Enthaltung) abgelehnt.

Art. 62

GK 80

Schulinformatik – Ersatzbeschaffungen und Supportorganisation

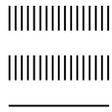
Hr. **Martin Willisegger**, Präsident der Spezialkommission Informatik-Vorlagen, hält fest, dass die Informatik heute in nahezu jedem Bereich des Lebens und insbesondere in der Arbeitswelt allgegenwärtig ist. So ist es nur verständlich und nachvollziehbar, dass die Informatik auch in der Schule einen immer grösseren Stellenwert einnimmt. Dies ist richtig, denn je früher die Kinder und Jugendlichen an dieses Gebiet herangeführt werden, umso einfacher haben sie es später in der Arbeitswelt.

Für die Planung der Informatik-Strukturen in der Schule wurde ebenfalls ein ausgewiesener, externer Berater mit grosser und langjähriger Erfahrung in diesem Umfeld beigezogen. Die Spezialkommission Informatik-Vorlagen hat sich an ihren Sitzungen auch mit dieser Einwohnerratsvorlage intensiv auseinandergesetzt und konnte viele Fragen mit den Vertretern der Schulinformatik sowie dem externen Spezialisten klären. Die Vorlage GK 80 strebt eine moderne Infrastruktur an, welche für mehrere Jahre – der externe Berater spricht von 5 bis 7 Jahren – den Bedürfnissen gerecht werden soll.

Bei der Wahl der Plattform wurden Mac-Computer bevorzugt. Dies mag auf den ersten Blick verständliche Fragen nach den Kosten aufwerfen, der Grund dafür sind aber folgende Tatsachen: Bereits heute wird an der Bezirksschule erfolgreich mit Mac-Computern gearbeitet. Die Firma Apple hat ihre Geräte für die Schule massiv subventioniert, so dass diese günstiger sind als vergleichbare Geräte mit Windows. Die Supportorganisation innerhalb der Schule kennt sich mit dieser Plattform aus und hat hier die grösste Erfahrung.

Die Spezialkommission hat in erster Linie nicht die Notwendigkeit jedes einzelnen Gerätes hinterfragt. Sie sieht für die nähere Zukunft einen wachsenden Umfang der Informatikausbildung an der Schule und erachtet daher die Menge der geplanten Geräte als grundsätzlich zweckmässig. Der externe Berater sieht an der einen oder anderen Stelle aber durchaus noch ein wenig Sparpotenzial, beispielsweise mit kleineren, günstigeren Servern. Auch hier vertraut die Spezialkommission Informatik-Vorlagen auf den Willen des Stadtrates, bei der effektiven Beschaffung – im Hinblick auf die angespannten Stadtfinanzen – die besten Preise auszuhandeln und vielleicht auch auf das eine oder andere eher wünschbare als notwendige Gerät zu verzichten.

Eine der am längsten diskutierten Fragen war jene, ob sich die Schul- und Stadtinformatik besser zusammenschliessen sollten oder jeder Bereich seine eigene Umgebung aufbauen soll. Im Vorfeld wurde gegenüber dem Einwohnerrat die aktuelle Grösse der Server-Anlage in der Stadtinformatik bekanntlich häufig damit begründet, dass zusätzliche Aufgaben und Projekte – namentlich die Schulinformatik – übernommen werden sollen. Im Laufe der Diskussion stellte sich heraus, dass es sich zum aktuellen Zeitpunkt nicht nur um eine technische, sondern umso mehr auch um eine philosophische Frage handelt. Man hätte mit entsprechendem politischem Druck zwar durchaus die eine



oder andere Variante erzwingen können, aber die Spezialkommission kam schlussendlich zur Einsicht, dass die aktuell verfolgte – von der Stadt getrennte – Lösung vorerst zu tolerieren ist.

Die Hauptgründe dafür sind Folgende: Zurzeit ist kein echtes Sparpotenzial in einer gemeinsamen Lösung zu erkennen. Die Supportorganisation der Schule ist günstiger als der Neuaufbau einer spezialisierten, zusätzlichen Supportorganisation innerhalb der Stadtverwaltung für die Schule. Die Technologien sind aktuell noch wenig verträglich und es bestehen starke Unterschiede bei den Bedürfnissen der Schule und der Stadtverwaltung. Die Spezialkommission Informatik-Vorlagen hat aber von den Vertretern der Schule und der Stadtinformatik eine grundsätzliche Bereitschaft erfahren, die beiden Bereiche in Zukunft stärker zusammenzuführen und die Nutzung von gemeinsamen Synergien zu fördern. Auch die Exekutive hat die klare Absicht geäußert, sich innerhalb der nächsten Jahre für ein verstärktes Zusammenwachsen einzusetzen und die Schulvertreter aufgrund ihrer grundsätzlichen Zusage zur Zusammenarbeit verstärkt in die Pflicht zu nehmen. Die Technologien werden sich zukünftig auch bei den Schulanwendungen eher in Richtung von zentralisierten Web-Anwendungen entwickeln, was die Zusammenarbeit erleichtern wird. Die aktuelle Wahl der Plattform stellt kein Hindernis dar, weil auch Mac-Geräte mit der Server-Anlage der Stadt kompatibel sind bzw. kompatibel gemacht werden können.

Abschliessend und unter Berücksichtigung aller gemachten Zusagen für die spätere Realisierung empfiehlt die Spezialkommission Informatik-Vorlagen dem Einwohnerrat, der Vorlage GK 80 „Schulinformatik: Ersatzbeschaffungen und Supportorganisation“ zuzustimmen.

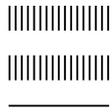
Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Eigentlich müsste gemäss Hrn. **Markus Schlatter** gar nicht über dieses Geschäft diskutiert werden. Die Schule braucht in der heutigen Zeit eine gute Infrastruktur. Ohne Computer läuft heute nichts mehr. Die Investition in neue Geräte für die verschiedenen Klassenzimmer ist unbestritten. Man kann und will nicht entscheiden, was und wie viel angeschafft werden soll.

Der Support und der Unterhalt warfen hingegen einige Fragen auf, welche auf Antworten warten. Die kontinuierliche Zunahme der Kosten für den Support auf CHF 193'000.– im Schuljahr 2014/2015 erachtet die Fraktion Dynamische Mitte ein wenig überrissen. Wie verhält sich das Pensum der Lehrpersonen? Werden die Stellenprozente der einzelnen Lehrpersonen angehoben oder werden mehr Lehrpersonen angestellt? Die Lehrpersonen sind heute per se schon überlastet. Können der technische und der pädagogische Support sauber getrennt werden? Ist es grundsätzlich Aufgabe einer Lehrperson, eine IT-Infrastruktur zu warten? Heute ist das Team der Lehrpersonen kompetent und motiviert. Was geschieht, wenn dies einmal ändern sollte? Unter diesem Aspekt stellt sich die Frage, ob die Anstellung von ein bis zwei Supportern nicht günstiger und nachhaltiger wäre.

Dem ersten stadträtlichen Antrag wird die Fraktion Dynamische Mitte zustimmen und beim zweiten stadträtlichen Antrag wird sie unterschiedlich abstimmen.

Gleiches gleich, Ungleiches ungleich behandeln. Die Schule ist nicht die Stadt, dabei handelt es sich um zwei völlig unterschiedliche Organisationen. Auch die technische Konzeption von den Geräten her ist anders. Hr. **Jakob Lang** teilt mit, dass die FDP-Fraktion der Meinung ist, dass eine Trennung gut ist, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt.



Die stattfindende Betreuung durch die Lehrpersonen ist kompetent. Auch die Konzeption, welche erstellt und durchgezogen wurde, ist hieb- und stichfest. Was jetzt noch ansteht, ist eben der Ersatz der Geräte, damit man mit diesen arbeiten kann. Die Ablösung dieser uralten Hardware ist sicher unbestritten. Es stellt sich einzig die Frage des Mengengerüsts, welche man jedoch schlicht und ergreifend nicht beurteilen kann. Jakob Lang hat manchmal auch seine Zweifel und es ist ihm ebenso recht, wenn sein Sohn ein bisschen weniger am PC arbeiten muss und dafür mehr manuelle Arbeiten verrichten kann. Andere Kinder sind da aber vielleicht anders.

Die Betreuung der Schulinformatik durch die Stadt ist eine spannende Frage. Hier kann man auch wieder Argumente für die eine oder andere Lösung finden. Der Präsident der Spezialkommission Informatik-Vorlagen hat dies vorhin hervorragend ausgedrückt. Wenn die Lehrpersonen einen grossen Teil der Betreuung selber übernehmen, können sie die angeeignete Kompetenz sehr gut innerhalb des Teams weitergeben und die Akzeptanz der EDV wird gesamthaft grösser.

Die FDP-Fraktion stimmt beiden stadträtlichen Anträgen zu.

Als Hr. **Marcel Thüler** zur Schule ging, wurde die IT-Infrastruktur, welche heute noch am Laufen ist, aufgebaut. Sie ist inzwischen ins Alter gekommen. Die Lehrpersonen, welche diese dannzumal aufbauten, erledigten dies in ihren Ferien. Den Support leisteten sie in ihrer Freizeit. Daran kann er sich ziemlich gut erinnern. Wenn man diese Personen jetzt für ihre Arbeit auch richtig entschädigt, macht man ziemlich sicher nichts Falsches.

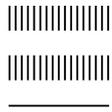
Die SP-Fraktion hat dieses Geschäft geprüft und ist wie viele in diesem Saal zum Schluss gekommen, dass sie sich wünscht, die Zusammenarbeit mit der Stadt solle in Zukunft besser funktionieren. Es soll keine Plattform-Diskussionen geben, sondern geklärt werden, welche Synergien vorhanden sind und genutzt werden können. Die Zusammenarbeit soll frühzeitig und partnerschaftlich angegangen werden, damit man in 5 Jahren bereit ist, wenn wiederum Ersatzbeschaffungen getätigt oder Strukturen geändert werden müssen. Dies ist das Anliegen, welches die SP dem Stadtrat mit auf den Weg geben möchte.

Die SP-Fraktion wird den beiden stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Fr. **Eveline Anderegg** erklärt, dass das Schulinformatik-Konzept in Ordnung und die Vorlage übersichtlich ist. Es ist klar, dass hier eine neue Lösung her muss, denn man will die Ausbildung der Kinder nicht schmälern. Die Informatik ist in der heutigen Zeit ein Hilfsmittel für die Auszubildenden. Trotzdem sollte das Wünschbare vom Notwendigen getrennt werden.

Beispielsweise ist unter dem Kapitel „III Kosten“ ein Kostenvergleich mit anderen aargauischen Schulen aufgeführt. Die Elektronikgeräte werden jährlich günstiger und somit ist dieser Kostenvergleich unrealistisch. Weiter zeigt sich beim Endausbau, dass 105 Drucker sowie 75 Beamer angeschafft werden sollen. Bei 51 Schulklassen ist dies ebenfalls unrealistisch. Daher ist die gewünschte Anzahl Drucker und Beamer in der zu bewilligenden Vorlage GK 80 übertrieben. Stockwerk-Drucker und -Beamer wären angebracht.

Das Ganze ist überdimensioniert und aus diesem Grund verlangt die SVP-Fraktion die Rückweisung dieses Geschäfts an den Stadtrat zur Überarbeitung. Es handelt sich um Steuergelder, welche nicht mit beiden Händen für Luxusversionen ausgegeben werden können. Ansonsten muss man wohl oder übel eine Steuererhöhung in Kauf nehmen.



Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nach der Detailberatung über die Vorlage über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion abgestimmt wird.

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadttammann, wird versuchen, die Fragen, welche noch im Raum stehen, an dieser Stelle zu beantworten. Aus den Voten der Fraktionssprecherinnen und -sprecher war zu hören, dass das Hauptthema die Trennung der Schul- und Stadtinformatik ist.

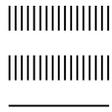
In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Analysen vorgenommen. Man merkte, dass in der Schweiz praktisch überall sowohl getrennte wie auch gemeinsame Lösungen vorhanden sind. Es lässt sich kein klarer Trend herauslesen und kostenmässig macht dies – über mehrere Jahre gesehen – kein grosser Unterschied. Beide Lösungen lassen sich technisch umsetzen. Entsprechend hat man dies in der Spezialkommission Informatik-Vorlagen intensiv diskutiert.

Der Stadttammann möchte dem Einwohnerrat in zwei, drei Punkten erklären, weshalb sich der Stadtrat für eine getrennte Lösung entschieden hat: Man hat immer stärker gemerkt, dass zwei verschiedene Kulturen aufeinander treffen. Auf der einen Seite die spezialisierten Anwenderinnen und Anwender sowie die Leute der Stadt-IT und auf der anderen Seite die eher pädagogisch orientierte Kultur der Schul-IT. Weiter stellte man auch fest, dass an den ganzen Schulen die Lehrpersonen sehr zufrieden sind mit dem Support, aber auch mit dem System. Nicht zufrieden sind sie hingegen mit den veralteten Geräten, welche zum Teil bis zu 10-jährig sind. Dies liess man entsprechend durch die OBT AG checken.

Deshalb werden dem Einwohnerrat auch zwei verschiedene Vorlagen unterbreitet. In der einen geht es um die Stadtinformatik, welche komplexer und deren System moderner sowie zukunftsgerichteter ist, damit dieses ausgebaut werden kann und in der anderen geht es um die Schule, deren System eher konventionell ist, weil dort auch andere, vielmehr pädagogische Prioritäten gesetzt werden. Aber ganz wichtig ist, dass man nicht aufgegeben hat, die beiden verschiedenen Kulturen irgendetwas zusammenwachsen zu lassen. Für den Stadtrat ist ein Ziel ganz klar, dass man vermehrt beginnt Synergien zu nutzen. Entsprechend möchte man sich auch beim Support austauschen.

Für den pädagogischen Support hat man momentan effektiv Lehrpersonen im Sinn, weil der pädagogische Aspekt sehr stark ist. Aber man wird offen sein und auch prüfen, was Markus Schlatter vorhin vorgeschlagen hat. Der Stadtrat möchte auch ein Leitbild erarbeiten, was ihm durch die OBT AG empfohlen wurde. Dieses möchte er – zumindest in einer Rohfassung – bis Ende Jahr präsentieren können. Darin werden ebenfalls Aussagen zur Zukunft dieser beiden IT-Bereiche enthalten sein. Es wird aber auch eine Vernehmlassung der Schulpflege geben, weil diese für die Schulorganisation und damit für den IT-Bereich der Schule verantwortlich ist. Der Stadtrat wird die Empfehlung der OBT AG aufnehmen und noch bis Ende Jahr eine stadträtliche Fachkommission Informatik ins Leben rufen und etablieren.

Zur Frage des Mengengerüsts gilt es festzuhalten, dass Zofingen ein Oberstufenstandort ist. An den Zofinger Schulen gehen vermehrt Oberstufenschülerinnen und -schüler zur Schule und man setzt ganz klar auf IT. Im IT-Bereich möchte man nicht hinterherhinken und man hat sich deshalb für eine eher grosszügige Bestückung der eigentlichen Geräte entschlossen. Bei den Beamern ist erwähnenswert, dass deren Lebensdauer um einiges verlängert werden kann, wenn diese nicht dauernd umhertransportiert werden. Sonst müssen permanent die Lampen, welche einige hundert Franken kosten, ausgewechselt werden. Entsprechend entschloss man sich, fixe Beamer zu installieren. Dies sind aber nicht 75 Stück, da einige bereits vorhanden sind.



Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt. Die **Vorsitzende** lässt über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion abstimmen:

Der Antrag wird mit 26:5 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) abgelehnt.

Die **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Es sei für die Ersatzbeschaffungen Schulinformatik ein Rahmenkredit in der Höhe von CHF 989'000.- zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 28:3 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zugestimmt.

2. Der Zunahme der jährlichen Supportkosten von CHF 98'000.- im Jahr 2012 auf CHF 193'000.- im Jahr 2015 sei zuzustimmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 25:5 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) zugestimmt.

Gemäss Geschäftsreglement des Einwohnerrates dauern die Einwohnerratsitzungen höchstens 3 Stunden, sofern der Rat nicht anders beschliesst. Der Ordnung halber fragt die **Vorsitzende** den Einwohnerrat an, ob die Beratungen fortgesetzt werden sollen. Sie geht davon aus, dass es nicht später als 22.00 Uhr wird.

Der Fortsetzung der Sitzung wird ohne Gegenstimme zugestimmt.

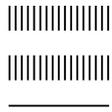
Art. 63

GK 81

Bahnhof/Florastrasse – Kreditbewilligung für die Erstellung von neuen, offenen Abstellplätzen für Zweiräder

Hr. **Robert Weishaupt**, Referent der FGPK, teilt mit, dass es bei der Vorlage GK 81 um die Kreditsprechung für die Erstellung von Abstellplätzen für Zweiräder sowie den Einbau von Solaranlagen auf den Dächern der neuen Unterstände geht. Die FGPK hat diese Einwohnerratsvorlage an ihrer Sitzung vom 31. Mai 2011 diskutiert. Nebst sieben Kommissionsmitgliedern waren auch Stadtrat Rolf Moor sowie der Leiter Tiefbau und Planung Werner Ryter anwesend.

Das Projekt, welches 100 neue Parkmöglichkeiten für Zweiräder bringen sowie zusätzlich 5'000 kWh Strom liefern wird, wurde der FGPK durch Stadtrat Rolf Moor erläutert. Um es vorneweg zu nehmen, das Projekt war in der FGPK unbestritten. Am meisten gaben die Kosten zu Diskussionen Anlass. Die FGPK musste feststellen, dass sich die Investition nicht unbedingt rechnet. Doch sie löst zumindest ein Problem auf der Westseite des Bahnhofs. Ganz unten auf Seite 2 der Vorlage kann nachgelesen werden, dass die heutige Anzahl der Veloabstellplätze nicht ausreicht. Es wird auch mit den zusätzlichen 100 Abstellplätzen nicht reichen. Deshalb sind, wie im ersten Abschnitt auf Seite 2 der Vorlage erwähnt wird, weitere Abstellplätze in Planung.



Nun zu „IV Kosten und Beiträge Dritte“ auf Seite 4 der Einwohnerratsvorlage: Unter Punkt 1 sind die Kosten für die Erweiterung der Abstellplätze an der Florastrasse aufgeführt. In der Position Nr. 2 sind CHF 215'000.– für Strassenbau eingestellt. Werner Ryter, Leiter Tiefbau und Planung, zeigte der FGPK auf, dass nicht nur Abstellplätze erstellt werden, sondern die ganze Florastrasse zur Baustelle wird. Die Kosten sind höher, weil mehr gemacht wird. Ein neuer Deckbelag gibt es für die gesamte Florastrasse, welche sich teils in einem desolaten Zustand befindet. Zudem muss auch der Unterbau teilweise erneuert werden. Weiter müssen die Randabschlüsse und die Entwässerung angepasst werden. Ferner wird die neue Anlage teilweise in das jetzige Bord gebaut, was eine zusätzliche Stützmauer benötigt. Was die Kosten ebenfalls anhebt, ist der Belag direkt unter den Abstellplätzen, welcher sinnvollerweise aus Beton erstellt wird und somit druckbeständiger, insbesondere gegen Seitenständer von Motorrädern, ist. Beton weist eine längere Lebensdauer auf und ist deshalb – auf die Dauer gesehen – kostengünstiger. Schade steht in der Vorlage nicht, es müsse unbedingt berücksichtigt werden, dass die Umgebungsarbeiten in den Kosten enthalten sind. Vielleicht trägt die Vorlage auch den falschen Namen bzw. einen zu kurzen Titel. „...sowie Sanierung der Florastrasse“ könnte noch dahinter stehen.

In der Kostenzusammenstellung sieht man auch, dass es von Seiten der SBB und des Departements Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) zusammen CHF 170'000.– Subventionen gibt. Somit betragen die Kosten für das Projekt für die Stadt Zofingen nicht CHF 440'000.–, sondern CHF 270'000.–. Wird diese Anlage realisiert, gibt dies die Möglichkeit, die Veloeinstellhalle an der Florastrasse in eine Velostation mit elektronischem Zutrittssystem umzuwandeln. Die Hauptsorgen jeder Person, welche ihr Velo am Bahnhof abstellt, sind Diebstahl und Vandalismus. Mit einer solchen Velostation, über welche heute zwar noch nicht befunden wird, könnte dieses Problem elegant gelöst werden. Ebenfalls würde man auf diese Weise das Problem der Unordnung massiv verbessern können.

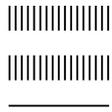
Wie eingangs erwähnt, liefern die Solaranlagen auf den Dächern der neuen Unterstände Strom in der Grössenordnung von 5'000 kWh pro Jahr. Dass dies nicht viel ist und damit lediglich 1,5 Haushaltungen versorgt werden könnten, trübt dieses Bild ein wenig. Doch in diesem Zusammenhang muss festgehalten werden, dass auch Kleinvieh Mist gibt. Diese Solaranlagen werden von der Stadt Zofingen beim KEV angemeldet. Dort besteht jedoch eine lange Warteliste, denn mit der kostendeckenden Einspeisungsvergütung gäbe es für diesen Strom mehr als doppelt so viel Geld.

Der Einwohnerrat kann der Vorlage entnehmen, dass der Stadtrat ihm zwei separate Anträge stellt. Einen für die Erstellung der Abstellplätze samt Umgebungsarbeiten und einen für den Einbau der Solaranlagen. In der FGPK war man sich einig und sprach sich einstimmig für beide Kredite aus. Die FGPK empfiehlt den Einwohnerratsmitgliedern, dieser Vorlage ebenfalls zuzustimmen.

Nachdem Eintreten nicht bestritten ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Eintretensdebatte.

Hr. **Fritz Hirschi** hält fest, dass fast alle ein Velo besitzen und zu diesem Geschäft eine eigene Meinung haben. Von der Stadt Zofingen her besteht die Meinung, der Öffentliche Verkehr solle gefördert werden, was auch das Tätigen von Investitionen bedingt. Mit diesen Investitionen wird die Attraktivität der Stadt Zofingen erhöht.

Wie in der Einwohnerratsvorlage erwähnt wird, besteht beim Bahnhof Zofingen eine Zweiteilung bezüglich den Zugänglichkeiten und der Erreichbarkeit für den Zweiradverkehr. Auf der Westseite des Bahnhofs ist ein zusätzlicher Bedarf an Abstellplätzen klar ausgewiesen. Teilweise herrschen unhaltbare Zustände, welche verbessert werden könnten, indem dieser Vorlage zugestimmt wird. Weiter



braucht es eine gute Beleuchtung sowie die Überwachung durch eine Videokamera, damit der Vandalismus eingedämmt werden kann oder die Übeltäter zumindest überführt werden können. Ein elektrisches Zutrittssystem zur Einstellhalle würde sicher auch etwas bringen. Ganz wichtig ist, dass ein regelmässiges und konsequentes Räumen der Schrottelos durch die Polizei erfolgt – und zwar nicht nur alle 2 bis 3 Monate, sondern am liebsten wöchentlich oder zweiwöchentlich. Das Problem der Unordnung könnte so wesentlich verbessert werden.

Zu den Kosten: Die Florastrasse befindet sich in einem schlechten Zustand. Ein Ausbau ist sicher notwendig. Fritz Hirschi stellt sich aber die Frage, ob hier nicht eine Luxuslösung gewählt wurde. Da dieser Weg nicht durch schwere Fahrzeuge benützt wird, würde ein einfacherer Ausbau möglicherweise auch genügen. Wie Robert Weishaupt vorhin erwähnt hat, geht es nicht um CHF 440'000.–, sondern um die Nettokosten von CHF 270'000.–. Würde man bei den Abstellplätzen eine Kasse aufstellen und würde jede Velofahrerin bzw. jeder Velofahrer jeden Tag CHF 1.– einwerfen, hätte man diese Kosten in 10 Jahren wieder drin.

Die FDP-Fraktion ist froh, dass der Antrag für die Solaranlagen separat aufgeführt ist. Hier kann man wirklich getrennter Meinung sein. Es geht heute bestimmt nicht darum, eine grosse Energiediskussion zu lancieren, diese wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. In der Fraktion wurde auch darüber diskutiert, dass bei einer solch kleinen Anlage die Kosten-Nutzen-Verhältnisse nicht unbedingt stimmen. Andererseits ist dies eine logische Folge, nachdem die Stadt Zofingen die Buswartehäuschen ebenfalls mit Solarzellen ausrustet. Es handelt sich um eine zukunftsgerichtete Energie und was dabei nicht vergessen werden darf, ist sicher die Vorbildfunktion der Stadt Zofingen.

Die FDP-Fraktion stimmt dem ersten stadträtlichen Antrag einstimmig zu. Für den zweiten Antrag setzte sich nur eine knappe Mehrheit der Fraktion ein.

Gemäss Hrn. **Franz von Büren** hat Fritz Hirschi schon fast alles gesagt. Er stellt sein Velo jeden Morgen um 07.15 Uhr an diesem Ort ab und jedes Mal sind die Abstellplätze überfüllt. Mit Mühe und Not findet er jeweils noch ein Plätzchen, wo er dieses abstellen kann. Kann man sein Velo nicht dort abstellen, wo ein Rechen ist, sondern muss dieses auf der anderen Seite abstellen, findet man gar keinen Platz mehr oder man stellt es halt irgendwo daneben ab. Fährt dann jemand vorbei, fallen gleich wieder zwei, drei Velos um. Dies erlebt er jeden Tag und es ist wirklich nötig, dass etwas unternommen wird. Dummerweise stehen auch noch Motorräder in der Halle, da deren Besitzenden ebenfalls keinen nassen Sattel haben möchten, wenn sie von dort nach Hause fahren. Diese nehmen Plätze weg, welche eigentlich für Velofahrerinnen und -fahrer gedacht sind.

Die vielen defekten Velos stören Franz von Büren auch immer wieder. Er wäre froh, wenn die Polizei diese jeweils innerhalb eines Monats entfernen würde. Es sind so viele kaputte Velos, welche immer herumliegen. Dieses Problem müsste sicher gelöst werden. Weniger defekte Velos ziehen auch weniger zusätzliche defekte Velos an.

Dass der Strassenbau viel Geld absorbiert, ist gerechtfertigt, da der teilweise defekte Belag auf der Florastrasse ersetzt wird. Die Florastrasse soll jedoch auch nachher nicht mit Autos befahren werden können. Die Pflanzkübel sollen so stehenbleiben. Es gibt jetzt schon Autos, welche versuchen, durchzufahren. Der Platz, welcher sich vor den Pflanzkübeln befindet, wird vielfach genutzt, um Leute ein- oder auszuladen. Wenn gleichzeitig Autos oder Velos vorbeifahren, ist dies ein wenig gefährlich. Ob dort eine bessere Lösung gefunden werden kann, weiss Franz von Büren nicht.

Die SP-Fraktion stimmt den beiden stadträtlichen Anträgen zu. Auch weil die Solaranlagen für die Stadt Zofingen, welche eine Energiestadt sein möchte, nötig sind.

Nachdem bereits alles gesagt wurde, möchte Fr. **Irma Jordi** vermeiden, nochmals alles zu wiederholen. Es ist unbestritten, dass Bedarf an neuen Abstellplätzen besteht. Die Fraktion Dynamische Mitte stellte fest, dass ihre Mitglieder eher ost- und südseitig, und nicht westseitig, parkieren. Deshalb stellte sie auch keine Parkplatzprobleme fest. Sie diskutierte die Vorlage aber sehr kontrovers.

Grundsätzlich ging es darum, dass der Strassenbau sehr teuer ist. Die Fraktionsmitglieder sind aber keine Baufachleute und sie vertrauen deshalb dem Leiter Tiefbau und Planung Werner Ryter. Was sehr viel zu diskutieren gab, war der Einbau von Solaranlagen auf den Dächern der neuen Unterstände. Will man dies jetzt bei jedem Buswartehäuschen und jedem Veloständer machen? Da der Stadtrat für alles ein Konzept hat, fragt die Fraktion Dynamische Mitte ihn an, ob auch dafür ein Konzept vorhanden ist.

Grundsätzlich ist sie überhaupt nicht gegen Solarenergie, im Gegenteil. Sie wäre sogar dafür, dass die gesamte Altstadt, alle Schulhäuser und Turnhallen mit Solarpanels bestückt würden. Aber es stellt sich schon die Frage, ob die Wirtschaftlichkeit von so kleinen Flächen gegeben ist.

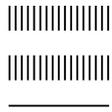
Die Fraktion Dynamische Mitte ist bezüglich dem Einbau von Solaranlagen geteilter Meinung, unbestritten ist hingegen die Erstellung der Abstellplätze.

Hr. **Jürg Seiler** teilt mit, dass auch die SVP-Fraktion das Geschäft GK 81 geprüft hat und dabei drei Sachen feststellte, welche ihr nicht passen: Der unerfreuliche Zustand bei der Florastrasse, die überdimensionierte Luxusvariante, welche hier angestrebt wird, sowie das Fehlen eines Gesamtkonzepts.

Die Bilder, welche Jürg Seiler erstellt hat und dem Einwohnerrat auf der Leinwand zeigt, schockieren ihn. Es darf und kann nicht sein, dass für einen solchen Missstand zusätzlich Geld ausgegeben wird. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass zuerst bei den gedeckten wie auch freistehenden Veloabstellplätzen Ordnung geschaffen werden sollte. Erst dann kriegt man einen Überblick über den Bedarf an zusätzlichen Veloabstellplätzen. Die Bilder zeigen jedoch etwas ganz anderes. Der überwiesene politische Vorstoss der „Überparteilichen Velogruppe“ verlangt die Verbesserung und Erweiterung der Veloparkierungsmöglichkeiten. Dies heisst natürlich nicht zwingend, dass nachher solche Desaster hingenommen werden müssen. Die defekten Velos müssen durch die Polizei weggeräumt werden.

Im Weiteren weist Jürg Seiler darauf hin, dass ein Wettbewerb für die Gestaltung des Bahnhofplatzes lanciert werden soll. In diesem Rahmen ist die Erstellung eines Veloabstellplatz-Konzepts über sämtliche Standorte rund um den Bahnhof sicher richtig. Es gibt verschiedene Standorte und er ging diese heute extra nochmals besichtigen. Auf der Ostseite sind effektiv genug Abstellplätze vorhanden, auf der Westseite herrscht einfach ein desolater Zustand und bei der Firma Ringier sind ebenfalls noch genügend Plätze vorhanden.

Unter dem Punkt „Heutige Situation Abstellplätze Florastrasse“ steht Folgendes: „Die Erstellung von neuen Abstellplätzen an der Florastrasse ermöglicht die Umgestaltung der bestehenden, z.B. mit einem elektronischen Zutrittssystem.“ Über die Zusatzkosten für dieses elektronische Zutrittssystem, welche noch anfallen werden, steht in der Vorlage jedoch nichts. Dieses System braucht es



schlussendlich auf beiden Seiten des Bahnhofs. Auch dies kann möglicherweise im Rahmen des Wettbewerbs berücksichtigt und miteinbezogen werden.

Zudem hat die SVP-Fraktion einen weiteren Vorschlag bezüglich Sicherheit. Es könnten Personen, welche von der Fachstelle Chance ZI beraten werden, eingesetzt werden. Die Fachstelle Chance ZI sucht immer wieder nach neuen Möglichkeiten für ihre Klientinnen und Klienten. In Cham werden beispielsweise solche Leute so eingesetzt.

Was den Strassenbau betrifft, muss er Fritz Hirschi Recht geben. Auch der SVP kam die Sanierung exklusiv vor für das, dass es sich dabei bloss um einen Zubringer für Velos und Mofas handelt. Aus diesem Grund beantragt die SVP-Fraktion die Rückweisung dieses Geschäfts.

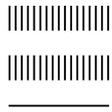
Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass nach der Detailberatung über die Vorlage über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion abgestimmt wird.

Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, versucht an dieser Stelle, auf die vielen Fragen der SVP-Fraktion eine Antwort zu geben. Die SBB sowie die Repol räumen die defekten Velos, welche herumstehen, periodisch weg. Jedoch nicht wöchentlich, sondern eher monatlich. Diese werden teilweise auch aus rechtlichen Aspekten nicht umgehend weggeräumt. Die Halterinnen und Halter dieser ungenutzten Velos werden von Zeit zu Zeit mit einem Flyer, welcher auf den Gepäckträger geklemmt wird und auf welchem eine Frist vermerkt ist, darauf aufmerksam gemacht, bis wann sie ihre Velos selber wegnehmen oder entsorgen können. Im Innern der Abstellräume ist die Ordnung ein wenig besser als bei den freistehenden Abstellplätzen. Aber auch dort erfolgen immer wieder Vandalenakten. Das Ressort Sicherheit und der Werkhof treffen zurzeit Abklärungen, wie diese Unordnung verbessert werden könnte. Das Problem ist erkannt, die Zuständigkeit liegt zum Teil aber auch bei den SBB. Diese Schnittstelle muss ebenfalls einbezogen werden. In Zukunft wird man versuchen, diese Kontrollen vermehrt und in kürzeren Abständen durchzuführen sowie die Fahrzeuge verdächtiger Herkunft einzusammeln und im Fahrzeugfahndungssystem der Repol zu erfassen.

Die vorliegende Vorlage sei eine überdimensionierte und luxuriöse Lösung. Die Rechnungen haben ergeben, dass auf der Westseite zu wenige Abstellplätze für Zweiräder vorhanden sind. Diese Berechnung wurde sowohl durch die SBB wie auch den Kanton bestätigt. Sonst würde das Projekt auch nicht finanziell von ihnen unterstützt. Ein Teil der Unordnung rührt auch daher, dass die Abstellplätze ungenügend sind.

Die Kosten für das erwähnte elektronische Zutrittssystem sind in dieser Vorlage nicht enthalten. Dabei handelt es sich um eine Option, welche genauer abgeklärt werden muss. Zuerst werden die neuen Abstellplätze erstellt und danach wird die Situation neu beurteilt. Bei den bestehenden Abstellplätzen können keine Kapazitätserweiterungen vorgenommen werden. Die bestehende Raumhöhe ist zu niedrig, um darauf aufbauen zu können. Dieses Zutrittssystem kann nicht gratis zur Verfügung gestellt werden. Eine solche Anlage hat den Charakter einer unbedienten Velostation. Darüber wird zuerst der Stadtrat befinden müssen. Ein Kredit für ein solches System würde separat, entweder über das Budget oder einen Verpflichtungskredit, eingeholt.

Zu den Kosten möchte Stadtrat Rolf Moor nicht weiter ausholen, jedoch auf einige Eckpunkte eingehen: Eine Baustelleninstallation kostet CHF 10'000.-. Zudem werden eine Bahnwache sowie Absperrungen benötigt, was CHF 11'000.- ausmacht. Die Abbrucharbeiten betragen CHF 9'500.-. Die Aushubarbeiten, Transporte und Deponiegebühren kommen auf CHF 27'000.- zu stehen. Die



Schwerpunkte sind die Stützmauer aus Beton entlang dem Bahndamm, die Bodenplatten aus Beton unter den Unterständen sowie die Kofferung, welche zusammen CHF 124'500.- betragen. Das Einbringen der Tragschicht und der Deckschicht bei der Strasse beläuft sich auf CHF 33'000.-. So setzen sich die Kosten in der Position Nr. 2 zusammen. Die Sanierung der Florastrasse ist also darin enthalten.

Bezüglich des Einbaus von Solaranlagen wurde bisher jedes Projekt separat beurteilt. So wird man dies auch in Zukunft handhaben. Es besteht kein Gesamtkonzept, in welchem festgehalten wird, dass auf jeden Unterstand oder jedes Buswartehäuschen Solarzellen montiert werden sollen. Die Solarzellen kosten CHF 60'000.-, was einen stolzen Betrag darstellt. Im Jahr werden Grössenordnung 5'000 kWh produziert. Rechnet man mit einer durchschnittlichen Rückvergütung des Hoch- und Niedertarifs von ca. 9 Rappen, ergibt dies im Jahr ungefähr CHF 455.-. Meldet man dies beim KEV an, bestehen lange Wartezeiten, da über 8'000 Gesuche eingereicht wurden. Diese Variante wurde ebenfalls durchgerechnet und würde einen jährlichen Betrag von ca. CHF 2'970.- einbringen. Die Berechnung, wie viele Jahre für die Amortisation einer Investition von CHF 60'000.- benötigt werden, überlässt Stadtrat Rolf Moor jedem und jeder Einzelnen. Von der betriebswirtschaftlichen Seite her betrachtet, rechnet sich diese Investition nicht. Der Stadtrat ist dennoch überzeugt, dass diese sinnvoll ist und getätigt werden soll. Mit dem heutigen Dauerthema erneuerbare Energien, welches welt-, europa- und schweizweit diskutiert wird, werden solche Produkte gefordert und dies wird einen in nächster Zukunft auch beschäftigen. Eine solche Investition, wie sie heute auf dem Tisch liegt, soll auch eine Vorbildfunktion haben und eine Investition in die Zukunft sein. Es liegt an der heutigen Generation die Verantwortung zu übernehmen und entsprechende Massnahmen in die Wege zu leiten – mit dem Blick nach vorne ins Jahr 2050. Unter diesem Aspekt ist der Stadtrat überzeugt, dass diese CHF 60'000.- gut investiert sind.

Nachdem die Eintretensdebatte abgeschlossen ist, eröffnet die **Vorsitzende** die Detailberatung über die Vorlage.

Das Wort wird in der Detailberatung nicht verlangt. Die **Vorsitzende** lässt über den Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion abstimmen:

Der Antrag wird mit 25:8 Stimmen abgelehnt.

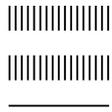
Die **Vorsitzende** lässt über die stadträtlichen Anträge abstimmen:

1. Für die Erstellung neuer Abstellplätze für Zweiräder an der Florastrasse sei ein Bruttokredit von CHF 440'000.-, zuzüglich allfälliger Teuerung, abzüglich Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 26:7 Stimmen zugestimmt.

2. Für den Einbau von Solaranlagen auf den Dächern der neuen Unterstände sei ein Kredit von CHF 60'000.-, zuzüglich allfälliger Teuerung, zu bewilligen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 22:11 Stimmen zugestimmt.



Art. 64

Umfrage

Hinweis der Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Hr. **Jakob Lang** hat eine Frage an Frau Vizeammann Annegret Dubach. Der Stadtrat hat in den letzten Jahren im „Niedergar-Prinzip“ das Kulturkonzept ausgebrütet. Im Zofinger Tagblatt war sogar zu sehen, dass darauf angestossen wurde. Wann wird ihm dieses Konzept zugestellt?

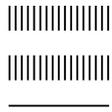
Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, wollte den Einwohnerrat nicht auslassen und erst recht nicht beleidigen. Sie weiss, dass dieser der wichtigste Akteur ist in diesem ganzen Kulturförderkonzept bzw. wenn es darum geht, Gelder zu sprechen. Sie war jedoch dezidiert der Meinung, dass der Kulturzirkel als allererstes darüber informiert werden soll. Diese Leute bieten in der Stadt Zofingen Kultur an und setzen sich dafür ein. Sie leisten auch viel Freiwilligenarbeit. Der Einwohnerrat wird das Konzept erhalten. Es steht jedoch noch nicht fest in welcher Form. Das ganze Konzept ist ein halbes Buch, da dieses einige Analysen und Überlegungen enthält. Frau Vizeammann nimmt diese Anregung gerne entgegen, auch wenn die Einwohnerratsmitglieder auf keinen Fall vergessen wurden.

Hr. **Bruno Blöchliger** hält fest, dass die FDP an ihrer letzten Fraktionssitzung beschlossen hat, auf einen Punkt zu sensibilisieren. Heute Abend hat der Einwohnerrat über mehrere Geschäfte abgestimmt und es wird sehr viel Geld ausgegeben. Es wurden heftige Diskussionen darüber geführt, ob in die Stadt Zofingen investiert werden soll oder nicht. Aufgrund der Steuereinnahmen bei den juristischen Personen kommt etwas auf einen zu. Es kann nicht Wasser gepredigt und Wein getrunken werden, es muss etwas unternommen werden.

Im Speziellen will die FDP-Fraktion für die bevorstehende Budgetphase sensibilisieren. Sie will nicht bis im Herbst warten, sondern bereits jetzt ein Gedankengut sähen. Ihr ist aufgefallen, dass die Kosten im Kultur- und Freizeitbereich steigen. Alle wollen Kultur und Freizeit und haben Freude an der Stadt Zofingen. Zofingen ist geprägt von diesem Budget. Nun ist ein Kulturkonzept bzw. ein Topf mit Geld vorhanden und die Frage ist, wie viel Geld dort herausgenommen wird für die Zukunft.

Ebenfalls stellt sich die Frage, wie gut die „Freunderlwirtschaft“ in Zofingen funktioniert. Es gibt Leute, welche über diese Gelder verfügen können und es bestehen persönliche Kontakte, man kennt sich über Jahre. Bruno Blöchliger sieht hier die Gefahr, dass einfach in den Topf gegriffen wird, weil man jemanden kennt. Es muss im allgemeinen Interesse gehandelt werden und es dürfen nicht einzelne Personen bevorzugt werden.

Man muss sparen, obwohl dies nicht schön ist. Es gibt aber Leute, welche nicht nur wegen der Kultur- oder Freizeitangebote nach Zofingen ziehen, sondern wegen der zentralen Lage, der schönen Altstadt und dem vielfältigen Angebot. Die Kultur und Freizeit wird in Zofingen nicht aussterben, wenn dort gespart wird. Bestehen nicht Möglichkeiten für mehr Eigenfinanzierung seitens der Vereine oder Veranstaltenden? Es muss nicht alles von der öffentlichen Hand finanziert werden. Können nicht noch mehr Sponsoren bewegt werden, damit die Anlässe trotz Sparmassnahmen durchgeführt werden können?



Die **Vorsitzende** dankt Bruno Blöchliger für sein Votum. Sie erinnert jedoch daran, dass die Umfrage vor allem dazu da ist, um kurze Fragen zu stellen und nicht um politische Statements abzugeben.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, stellt fest, dass Bruno Blöchliger viele Fragen hat. Sie möchte jedoch nicht allzu lange werden, weil die Umfrage wirklich nicht das richtige Gefäss dafür ist.

Es wurde ein Kulturförderkonzept erarbeitet, damit genau solche Sachen nicht möglich sind. Bevorzugungen kann sie gar nicht ausstehen. Die Förderkultur besteht nicht darin, dass die Stadt Zofingen profitiert, weil sie entsprechende Leute kennt und schon gar nicht sollen Leute davon profitieren, dass sie Personen in der Verwaltung kennen. Es sollen einen aber auch keine Nachteile erwachsen, weil man jemanden kennt oder nicht kennt. Sie kann ihre Hand ins Feuer legen, dass es sich dabei um eine ganz seriöse Sache handelt.

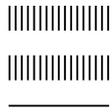
Die Zofinger Kultur würde nicht leben, wenn es nicht so viele Leute geben würde, welche ihr Herzblut einfliessen lassen. Am Freitagabend nahm sie an der Generalversammlung der KLEINEN BÜHNE teil und zieht ihren Hut vor dem Programm, welches diese Personen aufgestellt haben. Es sind alles Leute, welche ihr Hobby sehr professionell ausüben. Man kann nur froh sein, dass es solche Personen gibt. Es braucht dennoch Geld, da man gewisse Sachen professioneller erledigen muss und gewisse Arbeiten nicht mehr in freiwillige Hände geben will. Man ist an einem Punkt angelangt, wo man nicht mehr nur nehmen kann, da sonst viele Leute abspringen werden.

Sponsoring ist ein Thema. Gerade konnten für das „Musik & Theater“ im Stadtsaal die gesamten Sponsoringgelder wieder abgeholt werden. Man ist auch auf der Suche nach neuen Sponsoren und ist glücklich, wenn sich in der Stadt Zofingen auch noch Firmen bereit erklären, mitzusponsorn. Man geniert sich nicht, dies von der Stadt aus zu machen. Dies ist jedoch eher neu. Als Frau Vizeammann neu im Amt war, hiess es noch, die Stadt gehe nicht auf die Suche nach Sponsorengeldern. Dies sei unanständig und nicht rechtens. Diese Scham hat sie zum Glück abgelegt.

Die **Vorsitzende** hat noch eine präsidiale Nachfrage zum Kulturförderkonzept. Geht sie richtig in der Annahme, dass dieses in Stein gemeisselt ist und der Einwohnerrat nichts dazu zu sagen hat? Bis jetzt ging sie immer davon aus, dass dieses dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorgelegt wird.

Fr. **Annegret Dubach**, Vizeammann, antwortet, dass die Konzeption – zusammen mit dem Budget 2012 – im Herbst erfolgt. Das Kulturförderkonzept wurde vom Stadtrat genehmigt. Es handelt sich um ein dynamisches Basispapier. Die Grundlage wurde erarbeitet und jetzt soll mit einer Kommission, einem Beirat, einem ad hoc Fachbeirat, wenn es um die Kunstsammlung und Kunstkäufe geht, die Arbeit aufgenommen werden. Man musste eine Arbeitsgrundlage schaffen, damit gehandelt werden kann und die Rückendeckung des Stadtrates gewährleistet ist.

Im Stadtrat wurde eine Wertediskussion geführt, daher vielleicht auch das „Niedergar-Prinzip“. Dies brauchte seine Zeit. Nun besteht ein gutes Arbeitspapier, in welchem wichtige Sachen festgehalten sind, welche eigentlich schon zum Alltag gehörten. Ebenfalls wurde festgehalten, dass die Zofinger „big five“, welche seit Jahren für alle Altersschichten ein Kulturprogramm bieten, zur 1. Säule gehören. Die 2. Säule wurde Kohäsionssäule genannt. Dies auch, weil man den Vereinen die Wertschätzung möchte zeigen können. Mit den CHF 20'000.-, welche der Stadtrat genehmigt hat und im Budget fixiert werden müssen, möchte man gerne noch so genannte Glanzpunkte setzen. Es handelt sich um ein stadträtliches Konzept, welches dem Einwohnerrat wegen der benötigten Ressourcen über das Budget vorgelegt wird.



Hr. **Benjamin Gut** teilt mit, dass am Wochenende im Stadtsaal eine Veranstaltung der Zeugen Jehovas stattfand. Dabei handelt es sich um eine Organisation, welche mehrere eindeutige Merkmale einer Sekte aufweist und auch in Fachkreisen als solche bekannt ist. Er findet es nicht in Ordnung, dass die Stadt Zofingen Hand bietet für solche Anlässe und stellt sich deshalb die Frage, ob bei solchen Anlässen darauf geachtet wird, was für Interessen, Leute und Absichten im Hintergrund stehen. Besteht eine Grundlage, in welcher dies festgehalten ist? Wenn nein, warum nicht und wenn ja, wie kann es dann sein, dass eine solche Organisation dennoch hier tagen kann?

Hr. **Hans-Ruedi Hottiger**, Stadtammann, erklärt, dass der Stadtsaal grundsätzlich für alle offen ist. Anlässe, welche gemäss übergeordnetem Recht anstössig sind bzw. das menschliche Ermessen stören, möchte man nicht im Stadtsaal haben. Dennoch möchte man möglichst liberal und für verschiedenste Gruppierungen und Denkweisen offen sein, sofern diese die geltende Ordnung im Stadtsaal respektieren.

Es wird keine Zensur betrieben, aber man achtet sehr wohl darauf, dass die übergeordneten Rechtsetzungen nicht verletzt werden. Dieses System funktioniert gut. Zwischen dem Stadtammann und der Betriebsleiterin Stadtsaal finden regelmässig Gespräche statt, an welchen solche Angelegenheiten besprochen werden. Als Ressortvorsteher setzt er sich dafür ein, dass diese Frage möglichst liberal gehandhabt wird. Es ist nicht Sache der Stadt Zofingen, irgendwelche Zensur zu betreiben.

Gemäss Hrn. **Marcel Thüler** befindet sich in der Junkerbifangstrasse eine Auto-Sondermüll-Deponie. Es nimmt ihn wunder, ob dies geduldet wird und rechtens ist oder dagegen vorgegangen wird.

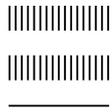
Hr. **Rolf Moor**, Stadtrat, teilt mit, dass man den Autofriedhof in der Junkerbifangstrasse anschauen wird. Sollten die rechtlichen Grundlagen verletzt werden, wird man entsprechende Massnahmen einleiten.

Verabschiedung Markus Schär (FDP)

Markus Schär ist seit dem 1. Januar 2008 im Einwohnerrat und seit dem 1. Januar 2010 Abgeordneter der ERZO „ARA“ und „KVA“. Ebenfalls hat er sich in letzter Zeit als Mitglied der einwohnerrätlichen Spezialkommission Informatik-Vorlagen intensiv eingesetzt. Er hatte sich auch bereit erklärt, in die einwohnerrätliche Spezialkommission Personalreglement Einsitz zu nehmen. Leider kommt es nicht mehr dazu. Die **Vorsitzende** hat ihn als ruhiges, aber sehr überlegtes und differenziertes Einwohnerratsmitglied kennengelernt und ist ihm persönlich dankbar für seinen Einsatz und dankt ihm auch im Namen des Einwohnerrates für sein Engagement. Sie wünscht ihm für die Zukunft viel Erfolg, sowohl beruflich als auch privat, und dass er die frei werdende Zeit so einsetzen kann, dass seine Work-Life-Balance wieder ein wenig besser wird. Sie bittet Markus Schär – unter grossem Applaus – nach vorne zur Überreichung des verdienten Geschenks: Drei Flaschen Rothüsler, zwei Zofinger Gläser sowie einen Glasteller.

Der Nachfolger von Markus Schär ist Andreas Rügger Waldvogel, welcher an der Einwohnerratssitzung vom 12. September 2011 in Pflicht genommen wird.

Die **Vorsitzende** hält fest, dass der Einwohnerrat an diesem Datum zum nächsten Mal offiziell wieder zusammenkommt. Die Traktandenliste für diese Sitzung ist reich befrachtet. Unter anderem ist



das spannende Geschäft „Revision Parkgebührenreglement – Initiative Blaue Zone“ vorgesehen. Ebenfalls vorgesehen sind folgende weitere Geschäfte: Bachleitung Rosengartenstrasse, Sanierung und Aufwertung Schmiedgasse und Storchengasse, Fertigstellung Weidstrasse, Erweiterung Schulsozialarbeit auf Primarstufe und Kindergarten, Asbestsanierung SanHist Rosenberg, Postulat der SP-Fraktion betr. Pilotprojekt Tagesstrukturen sowie Interpellation von André Kirchhofer betr. Zukunft des Spitals Zofingen.

Die Ratspräsidentin hofft natürlich sehr, dass sich die Einwohnerratsmitglieder nicht erst am 12. September 2011 wieder sehen, sondern bereits nächste Woche. Heute in einer Woche beginnt nämlich die schönste Zofinger Woche mit dem „New Orleans meets Zofingen“, dem Zapfenstreich und dem Kinderfest. Alle Mitglieder des Einwohnerrates haben die Einladung zum Behörden-Apéro erhalten. Sie würde sich freuen, dort mit ihnen auf die diesjährige erfolgreiche Halbzeitbilanz im Einwohnerrat anzustossen.

Zum Schluss bittet sie die Mitglieder der einwohnerrätlichen Spezialkommission Personalreglement, für die Konstituierung noch hier zu bleiben.

Schluss der Sitzung: 21.55 Uhr

Für getreues Protokoll:

Patricia Kettner
Ratspräsidentin

Arthur Senn
Protokollführer